

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementspreis 3 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

**Sinein in den Verband!** Laßt unsern Ruf nicht ungehört verhallen! Der Verdienst ist gering, die Not oft groß. Nicht selten darbt der Lohnarbeiter mit den Seinen. Alle leiden unter der Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse. Wieder droht Arbeitslosigkeit durch lange Wintermonate, oder kurzfristige Unternehmer lassen den Arbeiter ihre wirtschaftliche Überlegenheit durch kleinliche Schikane aller Art Tag für Tag fühlen. Nur eure Berufsorganisation, der **Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands** kann euer Arbeitsloch erleichtern. Tretet ein in die Reihen der Kollegen, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft kämpfen! **Vereinzelt sind wir nichts! Vereint eine unüberwindliche Macht!**

## Winterarbeit für das Malergewerbe.

Unser Bestreben, durch Beschaffung von Winterarbeit dem Gewerbe immer mehr den Saisoncharakter zu nehmen und für unsere arbeitslosen Kollegen Arbeit zu beschaffen, veranlaßt uns, auch in diesem Jahre wieder in besonderer Weise an die Auftraggeber heranzutreten. Mit dem Reichsbund für das deutsche Malergewerbe sind wir seit einiger Zeit in Unterhandlungen. Es wurde vereinbart, Werbeschreiben drucken zu lassen und den beiderseitigen bezirkslichen und örtlichen Organisationen in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen, damit sie von diesen den größeren Auftraggebern, als da sind: Reichs-, Länder- und städtische Behörden, Reichsbahn und Reichspost, Anstalten verschiedenster Art, Fabrikunternehmer, Hausbesitzer usw., übermitteln werden. In den Werbeschreiben wird mit dem Vorurteil aufgeräumt, daß Maler- und Anstreicherarbeiten, die in der kälteren Jahreszeit ausgeführt werden, an Qualität und Aussehen geringwertiger sein müssen als die in der sogenannten Saison hergestellten Arbeiten. Es wird ferner darauf verwiesen, daß Instandsetzungsarbeiten, wenn sie frühzeitig genug in Angriff genommen werden, weit geringere Kosten verursachen, als wenn aus einem falschen Sparstrebens heraus länger damit gewartet wird. Daß Lebens- und Arbeitsfreude in schön hergerichteten Räumen gehoben werden, ist eine heute allgemein und überall anerkannte Tatsache.

Wir sind überzeugt, daß diese Werbeschreiben ihre Wirkung auf die Auftraggeber nicht verfehlen werden. Voraussetzung ist allerdings, daß man es nicht bei der bloßen Zustellung durch die Post bewenden läßt, sondern durch persönliches Vorsprechen noch ergänzt, was in den Werbeschreiben nicht gesagt werden konnte. Die Erfahrungen der früheren Jahre haben gezeigt, daß der Erfolg fast immer und in entscheidendem Maße davon abhängt, inwieweit sich die Funktionäre der beiderseitigen Organisationen persönlich in den Dienst der Sache stellen. Man wird sie gewiß nicht immer mit offenen Armen empfangen und in den meisten Fällen sowohl bei Behörden wie bei Privaten angeblichen Geldmangel vorschützen. Wir sollten uns aber davon nicht irritieren lassen, denn in der Regel ist es weniger Mangel an Geld, als ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen im Winter ausgeführte Malerarbeiten, dazu ein gut Teil Bequemlichkeit und insbesondere die verdamnte Bedürfnislosigkeit der Auftraggeber. Daß es selbst den Hausbesitzern nicht immer gerade schlecht geht, beweist ein Schreiben der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“, mit dem sie sich zum Zwecke der Inseratenwerbung an sämtliche Kurbäder und Verkehrsämter wendet. In dem Schreiben heißt es:

Eine solche Insertion kann schon deshalb kein Mißgriff sein, weil gerade die Hausbesitzer in der Lage sind zu reisen und sich bei ihrem Aufenthalt in fremden Städten einen größeren Luxus leisten können als andere Kreise. Es bestreuen mit Inseraten in der „DZ.“

den am meisten kapitalkräftigen Teil des Mittelstandes, laden den zahlungsfähigen Hausbesitzer im ganzen Deutschen Reich zu einem Besuch Ihrer Stadt ein.

Auch die Industrie hat in den letzten Jahren gut verdient. Der Fremdenverkehr war in diesem Jahre so stark wie nie, die Hotels und Privatpensionen monatelang überfüllt, so daß auch dort Mittel für Instandsetzungsarbeiten frei sein müssen. Es kommt aber immer wieder darauf an, daß wir uns zum Vorteil unserer arbeitslosen Kollegen rühren, um von dem Segen ebenfalls etwas abzuteilnehmen. Ohne Werbetätigkeit, das heißt ohne Bearbeitung der Auftraggeber wird uns das nicht oder doch nur in ganz bescheidenem Maße gelingen. Das berufliche und organisatorische Interesse erfordert aber, alles daran zu setzen, um, wenn auch nicht allen, so doch einem erheblichen Teil unserer Kollegen, die von den spärlichen Sägen der Arbeitslosenunterstützung ihr Dasein fristen müssen, oder weil sie ausgesteuert sind, auf die noch niedrigeren Unterstufungen der Wohlfahrtsbehörden angewiesen sind, soweit und sobald wie nur irgend möglich Arbeit und Verdienst zu verschaffen.

Daß dies nicht das einzige Ziel unserer Werbetätigkeit ist, wurde wiederholt betont. Wir wollen mit unserm Vorgehen nicht nur Arbeit für den Winter, sondern überhaupt mehr Arbeit für unser Gewerbe schaffen und vor allen Dingen den Nachweis erbringen, daß das Malergewerbe nicht mehr als Saisongewerbe angesprochen werden muß, wenn bei den Auftraggebern das nötige Verständnis dafür geweckt wird, daß unsere Arbeiten ebenso gut und ebenso haltbar im Winter ausgeführt werden können. Daß dieses Ziel zu erreichen ist, beweisen die Erfolge unseres Gewerbes im Auslande, und daß auch in Deutschland unsere Tätigkeit nicht umsonst war, geht aus den Erlassen verschiedener Reichsbehörden hervor, zu denen wir in Nummer 40 des „Maler“ eingehend Stellung genommen haben. Sie sind ein Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung, daß Saison- und Konjunkturausgleich bei gutem Willen möglich sind. Wir können von uns sagen, zu dieser Erkenntnis, die sich immer mehr Bahn brechen muß, ganz wesentlich beigetragen zu haben. An unsern Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß man nicht auf halbem Wege stehen bleibt, und dazu kann von den Filialen durch praktisches und zielbewußtes Vorgehen sehr viel beigetragen werden.

Der Vorstand hat Ende September folgendes Rundschreiben an die Filialverwaltungen erlassen:

Die gegenwärtig schon verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit, die sich in den kommenden Wintermonaten erfahrungsgemäß noch wesentlich steigern wird, erfordert die rechtzeitige Inangriffnahme einer Aktion zur Beschaffung von Winterarbeit. Mit der Leitung des Reichsbundes der Arbeitgeber im Malergewerbe hat eine Aussprache stattgefunden. Dabei wurde festgelegt, daß wieder, wie in den früheren Jahren, gemeinsam vorgegangen wird. Das gilt sowohl für die Zentralstellen wie für die Länder und Bezirke und für die örtlichen Organisationen. Es sollen wieder, wie im Jahre 1927,

Werbeschreiben zur Anwendung kommen. Diese sind in Bearbeitung und kommen gleich nach Fertigstellung zum Versand.

Der Reichsbund wird seine Unterverbände davon in Kenntnis setzen und diesen Anweisung geben, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Wir ersuchen, mit den örtlichen Meisterorganisationen in Verbindung zu treten und Besprechung darüber herbeizuführen, wie am zweckmäßigsten vorzugehen ist, welche Stellen mit den Werbeschreiben beliefert werden sollen und was sonst für Maßnahmen in Angriff zu nehmen sind, um möglichst viel Aufträge im kommenden Winter bereinzubringen. Da diese Tätigkeit nicht zum ersten Male entfaltet wird, dürften in den meisten Filialen Erfahrungen aus früheren Jahren vorliegen, die man sich zunutze machen sollte. Unsere Bezirksleiter werden mit den Vorständen der Landesverbände in Verbindung treten und mit diesen die Maßnahmen besprechen, die für die einzelnen Länder notwendig sind. Sie werden auch den Filialen mit den entsprechenden Vorschlägen an die Hand gehen.

Wir ersuchen dringend, sich nicht etwa dadurch von der Werbearbeit abhalten zu lassen, weil man der Auffassung ist, daß nicht viel dabei herauskommt, oder weil die Aufträge, die auf Grund der Werbetätigkeit erzielt werden, nicht refflos unsern Mitgliedern zugute kommen. Das wäre sehr kurzfristig gedacht und würde von dem größten Teil unserer Mitglieder nicht verstanden werden. Nach den uns seinerzeit eingehenden Berichten war es in vielen Fällen möglich, bedeutende Aufträge bereinzubringen. Wenn in diesem Jahre entsprechend gearbeitet wird, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Dabei kommt uns der Erlaß des Reichsarbeitsministers sehr zustatten, der sich an alle amtlichen Stellen wendet, durch Herausgabe von Aufträgen — insbesondere für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe — soweit wie möglich einem Saison- beziehungsweise Konjunkturausgleich die Wege zu ebnen. Es wäre daher, schon rein faktisch gesehen, ein großer Fehler, wenn wir auf die Werbearbeit verzichten wollten. Wir sind es aber auch unsern arbeitslosen Kollegen schuldig, alles zu tun, was in unserer Macht liegt, um ihr Los zu erleichtern. Diese Aufgabe war nie so dringend wie jetzt, wo es selbst im Sommer nicht möglich ist, alle Kollegen unterzubringen und besonders den sogenannten Saisonarbeitern, wozu auch unsere Kollegen gezählt werden, hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung neue Verschlechterungen drohen.

Die Werbetätigkeit muß auch dort durchgeführt werden, wo der Reichsbund keine Mitglieder hat und nicht zuletzt in Schlesien, Rheinland und Westfalen. Für die letzteren Gebiete werden die zuständigen Bezirksleiter das Erforderliche veranlassen. Sollten sich die örtlichen Meisterorganisationen weigern, mit unsern Verwaltungen gemeinsam vorzugehen, dann darf dies kein Grund sein, auf die Werbetätigkeit zu verzichten. Wir müssen dabei erst recht zeigen, wie wichtig uns diese Aufgabe ist. Mehr Erfolg verspricht allerdings ein gemeinsames Vorgehen. Dieses ernsthaft zu versuchen, ist Pflicht unserer örtlichen Verwaltungen. Erst da, wo sich herausstellt, daß aus unbegreiflicher Kurzfristigkeit ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist oder ein solches abgelehnt wird, muß es ohne die Meister gemacht werden.

Wir werden nach Fertigstellung der Werbeschreiben nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen und eventuell auch im „Maler“ dazu Stellung nehmen. Die Hauptsache ist, daß jetzt draußen im Lande alle Vorbereitungen getroffen werden, um eine möglichst reibungslose Durchführung dieser für unser gesamtes Gewerbe so notwendigen Werbetätigkeit zu ermöglichen.

**Und nun ungejämert mit frohem Mut an die Arbeit!**

# Die Organisation ist dir Helfer und Freund!

## Eine öffentliche Gefahr.

(Steigende Produktion — steigende Arbeitslosigkeit.)

„Es geht uns alle Tage schlechter und schlechter“, das ist das Losungswort, das von den Unternehmertagungen ausgeht und in der bürgerlichen Presse, im statistischen Reichsamte, im Institut für Konjunkturforschung seinen Widerhall findet. Seit zwei Jahren spricht man von der „abgleitenden Konjunktur“, seit dem Ende der Inflation, das heißt seitdem wir wieder Kapital bilden können, von der mangelnden Kapitalbildung. Das sind alles Tendenzslogans! 1907 bis 1913 wuchs das Sparkapital in den Sparkassen jährlich um 957 Millionen Mark. 1915 bis 1928 betrug die jährliche Zunahme 1775 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet stiegen die Sparguthaben 1913 um 1,3 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt, 1928 um 3,3 Millionen Mark. Das sind nun die kleinen Sparer! Wieviel heute die Unternehmer mehr sparen, durch Abschreibungen, Erweiterungen, Beteiligungen usw. das kann man höchstens ahnen. Soviel von der mangelnden Kapitalbildung.

Nun von der abgleitenden Konjunktur. Leider fehlt uns in Deutschland noch immer eine umfassende Produktionsstatistik, aber soweit wir darüber Zahlen besitzen, lassen sie Schlüsse zu.

Zunächst der Kohlenverbrauch. 1913 betrug er auf den Kopf der Bevölkerung 205,4 Kilogramm, 1928 aber 205,9 Kilogramm. Inzwischen hat aber nicht nur die wärmesparende Technik große Fortschritte gemacht, auch die Dampferzeugung und die Erschließung der Wasserkräfte. Leider besitzen wir über Dampferzeugung und industriellen Stromverbrauch keine Statistik für die Vorkriegszeit. Nimmt man den industriellen Stromverbrauch 1925/26 = 100, dann war die Zahl 1929 im ersten Vierteljahr 129. Dazu kommt der Kraftwagentransport im Fernverkehr, der Flugverkehr, Transporte, die früher von der Reichsbahn ausgeführt wurden, und beträchtliche Kohlenmengen verbrauchten.

Trotz dieser wachsenden Konkurrenz stieg die Güterbeförderung der Reichsbahn im heutigen Reichsgebiet von 4286 Millionen Tonnenkilometer 1913, auf 5589 Tonnenkilometer 1928, die beförderten Güter im Monatsdurchschnitt von 33,25 Millionen Tonnen auf 36,07 Millionen Tonnen, obwohl der Kohlentransport von 64 000 auf 58 000 Tonnen zurückging. Dieser Rückgang ist eine Rationalisierungserfolge. Die Zusammenlegung der Werke führt zu einer Ersparnis von Transporten, und zwar nicht nur der Kohle. Trotzdem, und trotz der wachsenden Konkurrenz des Kraftwagens, der Binnenschifffahrt und des Flugverkehrs ist die Güterbeförderung der Reichsbahn ganz außerordentlich gestiegen. Somit ist auch die Gütererzeugung nicht in demselben, sondern in noch größerem Maße gestiegen.

Gestiegen ist auch der Eisenverbrauch. Im jetzigen Reichsgebiet stieg die Gesamteisenherzeugung im Monat von 1 198 000 Tonnen 1913 auf 1 391 000 Tonnen 1928, seitdem bis Mai 1929 auf 1 613 000 Tonnen. Der Inlandsabfah stieg von 1 082 000 Tonnen 1913 auf 1 238 000 Tonnen 1928. Der Abfah von Rahl stieg von 490 000 Tonnen 1913/14 auf 780 000 Tonnen 1928/29, der Abfah von Stahlfloss von 185 000 Tonnen auf 410 000 Tonnen.

Diese Zahlen lassen Schlüsse darauf zu, ob die Klagen von der Verarmung Deutschlands, von der abgleitenden Konjunktur berechtigt sind. Wir wollen aber den Behauptungen von Konjunkturrückgang noch näher auf den Leib rücken. Es ist nämlich ganz falsch, die Konjunktur, das heißt den Beschäftigungsgrad nach dem Grad der Arbeitslosigkeit zu messen. Das würde richtig sein, wenn es sich um stabile Größen handelte. Aber Arbeitsleistung und Zahl der Beschäftigten verändern sich ständig. Die Rationalisierung hat hier revolutionierend gewirkt. Sie hat Hunderttausende aus der Produktion ausgeschaltet, während gleich-

zeitig Hunderttausende der Produktion neu zuströmen. Von 1925 bis 1928 sind in Deutschland 1 254 000 Menschen in das erwerbsfähige Alter getreten. Nach der Berufszählung waren in Deutschland erwerbsfähig in Industrie und Handwerk 1907 insgesamt 9 830 540 Personen, 1925 — trotz ungefähr gleich großer Bevölkerung infolge der Gebietsverluste — 13 239 223 Personen.

Wohl sind die Arbeitslosenzahlen von 1928 höher als die von 1925, 1929 höher als die von 1928, aber die Zahl der Beschäftigten ist gleichfalls gestiegen. Die Beschäftigungsziffer, gemessen an der Zahl der bei den Krankenkassen gemeldeten Mitglieder, wird in der Statistik am 1. Januar 1925 = 100 gesetzt. Sie war auf 111,8 im Mai 1928, Juni 112,8, Juli 112,4 gestiegen. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden betrug in diesen drei Monaten 1 248 895, 1 207 410 und 1 154 637. Vom Mai bis Juli 1929 betrug die Beschäftigungsziffer 112,2, 112,7, 112,5. Sie lag also in jedem Monat höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Trotzdem war die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden im 1929 um rund 350 000, im Juni um 287 000, im Juli um 312 000 höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Produktion ist dagegen, soweit darüber Zahlen vorliegen, gestiegen, was ja schon die Beschäftigungsziffer anzeigt, darüber hinaus jedoch noch als Folge der fortschreitenden Rationalisierung.

Auch die Ausfuhr ist gestiegen, und zwar im Monatsdurchschnitt von 841 Millionen Mark 1913 auf 982 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt 1928. 1929, im Jahr der krisenhaften Arbeitslosigkeit, stieg die Ausfuhr weiter ganz erheblich: im Juli auf 1100, im August auf 1194 Millionen Mark. Am stärksten stieg die für Deutschland besonders wichtige Ausfuhr der Fertigwaren, und zwar von 562 Millionen Mark im Monat 1913 auf 729 Millionen 1928. Sie ist seitdem bis zum August 1929 auf die Rekordhöhe von 884 Millionen Mark gestiegen und überragt damit für sich allein die Gesamtausfuhr der Vorkriegszeit. Dies alles trotz Friedensverträge, verkleinertem Reichsgebiet, Verlust der östlichen Absatzmärkte, Balkanisierung Oesterreich-Ungarns.

Es geht dem Kapital also nicht alle Tage schlechter und schlechter, aber die Lage der Arbeiterchaft ist durch die häufigere und längere Arbeitslosigkeit unsicherer, in einzelnen Industriegruppen vielleicht sogar schlechter geworden. Die Arbeitslosigkeit als Folge der Produktionssteigerung droht sich zu verschärfen.

Dagegen hilft nur die Anpassung der Kaufkraft und der Arbeitszeit an die gesteigerte Produktivität. Die deutschen Unternehmer haben nach amerikanischem Muster rationalisiert, wehren sich aber, die amerikanischen Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit zu übernehmen. Henry Ford, der Vorkämpfer der Rationalisierung, verbunden mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit, hat vorwiegend als Jahresfrist die Fünftageswoche, bei gleichen Wochenlöhnen eingeführt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat einen großen erfolgreichen Feldzug zur Einführung der Fünftageswoche unternommen.

Dieser Weg — hohe Produktivität = hohe Löhne und verkürzte Arbeitszeit — muß auch in Deutschland energisch bestritten werden. In seiner Entschlossenheit zur Reform der Arbeitslosenversicherung hat der Bundesausschuß des DGB, bereits auf die notwendige weitere Verkürzung der Arbeitszeit hingewiesen. Aus dieser Erkenntnis müssen die Konsequenzen gezogen werden. Steigende Produktion und gleichzeitig steigende Arbeitslosigkeit ist Wahnsinn. Es gilt der Öffentlichkeit einzuhämmern, daß die Steigerung der Produktivität ohne eine entsprechende Steigerung des Abfahes durch Erhöhung der Löhne, ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche Gefahr ist. J. St.-J.

**Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort!  
Gebt sie den Unorganisierten!**

## Die Reichstagsbeschlüsse zur Arbeitslosenversicherung.

Das neue Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung ist ein Kompromiß, das auch bei den Gesetzgebern nicht die Hoffnung erweckt haben dürfte, daß es Franken im Reiche volle Zustimmung finden werde. Man muß die Blätter vom Schlage der Eugenbergsprelle zur Hand nehmen, um zu erkennen, wie die Schwerindustrie und die ihr verbündeten Sozialreaktionäre aus allen Schichten der Bevölkerung ihrer Wut über das Versagen ihrer monatelangen Hehrcampagne gegen die Arbeitslosen in Schlagworten wie „trauriges Ergebnis“, „offener Skandal“ und dergleichen mehr Luft machen. Weit entfernt davon, mit den Ergebnissen sich abzufinden und sich mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz der Sonderbehandlung baugewerblicher Arbeitnehmer wendend, muß die Arbeiterchaft doch anerkennen, daß die Scharfmacher mit ihren Abbaubestrebungen eine ganz gebührige Abfah erhalten haben. Im Sinne und auf dem Wege unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt es nunmehr, ohne Jögern den Kampf zur Verbesserung und zum weiteren Ausbau der Arbeitslosenversicherung weiterzuführen.

Nachstehend seien die Änderungen inhaltlich kurz wiedergegeben. Die Erhöhung der Beiträge ist zunächst verschoben. Es ist beabsichtigt, die Beitragsfrage im Zusammenhang mit der großen Finanzreform zu regeln. Verabschiedet sind daher nur die auf die Durchführung der Versicherung und die auf die Versicherungsleistung bezüglichen Teile des Entwurfs.

Ein Teil der Beschlüsse ist lediglich verwaltungstechnischer Art und berührt den Versicherungsanspruch nicht.

Ein anderer Teil stellt durch die Einbeziehung „höherer oder leitender“ Angestellter in die Versicherung, Verbindung unberechtigter Versicherungsfreiheit, Rückzahlung irrftümlich entrichteter Beiträge und der zulässigen Nebenpflicht für befezte Arbeitsplätze unzweifelhafte Verbesserungen dar.

Weniger einschneidend sind die Bestimmungen, daß die Berechnung der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Lohnklassen nach dem Durchschnittslohn der letzten 26 Arbeitswochen, statt wie bisher nach 18 Arbeitswochen erfolgt, und daß für Lehrlinge künftig 52 Beitragswochen zu leisten sind. Der Arbeitgeber kann für vorfällige oder fahrlässige falsche Angaben ersahpflchtlich gemacht werden. Für grundsätzliche Entscheidungen bleibt eine Berufungsmöglichkeit bestehen, die im Streitverfahren eingeschränkt wurde.

Die Beschlüsse, die insbesondere die Abstellung einer Reihe auch von uns empfundener Mifstände zum Ziele haben, beziehen sich auf folgendes: „Beringsfügige Beschäftigung“ soll künftig dann vorfällige sein, wenn sie von Personen ausgeht, die nicht berufsmäßig als Abwiegler als Arbeitnehmer tätig sind und auch in diesen Fällen nur dann, wenn die Beschäftigung weniger als wöchentlich 24 Stunden, oder wenn das Arbeitsentgelt weniger als wöchentlich 8 M beträgt. Kurzarbeit berührt den Versicherungsanspruch natürlich nicht. Es ist gelungen, die Fassung der Vorlage erheblich zu verbessern. „Unständig Beschäftigte“ sollen künftig nur versicherungspflichtig sein, soweit der Verwaltungsrat die Versicherung der einzelnen Gruppen zuläßt. Dabei ist nicht an ein Ausschalten solcher Personengruppen gedacht, die der Natur ihrer Arbeit nach stets „unständig“ beschäftigt werden, wie Hafenarbeiter, Berufsmusiker usw. Gedacht ist nur an ein Ausschalten solcher Personen, die nur gelegentlich und unständig arbeiten, im übrigen aber ihren Lebenserwerb aus andern Quellen decken. „Helfarbeiter“ bleiben grundsätzlich in der Versicherung, doch soll der Verwaltungsrat befugt sein, einzelne Gruppen herauszunehmen oder die Versicherungspflicht „abwiegend“ zu regeln. In den beiden letzten Fällen handelt es sich um Rahmenvorschriften, die Durchführung hängt von noch zu fassenden

## Die 4. Tagung des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild.

Der im Jahre 1925 gegründete „Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild“ hatte seine Mitglieder, Freunde und Gönner zu einer Tagung nach Zerbst vom 3. bis 6. Oktober gerufen, um rückschauend die bisherige Tätigkeit des Bundes prüfen zu lassen und neue Ziele zu stecken. Beinahe 200 Personen waren aus allen Teilen des Reiches dem Rufe gefolgt. Einen ganz besonderen Genuß bereitete diese kleine, saubere und baulich so reizende Stadt ihren Gästen durch eine festliche Illumination der im schönsten Barockstil gehaltenen Gebäude des Marktplatzes. Die in Zerbst gehaltenen Vorträge waren zum größten Teil auf die Interessengebiete des Handwerks abgestimmt.

Der Vorsitzende des Bundes, Oberbaurat Dr. - Ing. Hellweg, Hamburg, sprach über „Die Zusammenarbeit der amtlichen Baupflege mit Künstlerchaft und Handwerk auf dem Gebiete der farbigen Architektur und Reklame“. Er bewaerte, daß es noch zu keiner endgültigen Zusammenarbeit zwischen Bauämtern, Künstlern und Handwerkern gekommen ist. Vielfach wird die amtliche Baupflege als hindernd betrachtet. In öffentlich-künstlerischen Fragen muß aber der Behörde die letzte Entscheidung zugestanden werden. Die in allen Ländern bestehenden Gesetze gegen die Verunstaltung des Landschafts- und Städtebildes waren notwendig und sind nicht erst in der Nachkriegszeit entstanden. Das Handwerk steht in der Anwendung dieser Gesetze ein Mißtrauen gegen seine Leistungen. Aber die Tatsache, daß hohe künstlerische Werte zu einer Zeit entstanden, in der es noch keine behördliche Baupflege gab, ist in hervorragendem Maße darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter damals vom handwerklichen, künstlerischen Können getragen waren. Während der Jungzeit war jedes Privilegium unmöglich. Die heutige Zeit zeigt ein anderes Gesicht. Mangelnde Ausbildung, die Zu- und Abwanderungen der das Handwerk Ausübenden,

und nicht zuletzt falsch verstandenes Kunstgewerbe sind die Ursachen des Niederganges. An den Auswirkungen gemessen, ist eine Zusammenarbeit von Baupflegeamt, Künstlern und Handwerkern auf dem Gebiete der farbigen Architektur unerläßlich. Man wird sich bei der baupflegertischen Behandlung auf die wichtigsten Bauten beschränken müssen. Hamburg hat sich im April 1929 ein neues Gesetz geschaffen. Danach sind in einem bestimmten geschützten Gebiet alle Hausansprüche genehmigungspflichtig, in den sonstigen Stadtteilen nur alle bunten Hausansprüche. Malerinnung und Baupflege arbeiten zusammen, um die rein geschmacklichen mit den handwerklich-technischen Fragen in Einklang zu bringen. Das Ziel eines Vorprüfungsverfahrens ist, den einzelnen Maler durch die Beachtung der Vorschriften zu stärkerer Verantwortung zu erziehen, um so die amtliche Baupflege allmählich wieder entbehrlich zu machen.

Auf dem Gebiete der Reklame wäre der gleiche Weg zu gehen. Von der Einzelreklame muß man zur gemeinsamen Straßenreklame kommen, mit klar durchdachter künstlerischer Grundlinie. Ein in Hamburg durchgeführter Versuch hat noch zu keinem vollen Erfolg geführt. Es ist aber zu hoffen, daß auch die jetzt noch bestehenden Reibungsflächen zwischen Baupflege, Reklamekünstlern und Handwerkern allmählich verringert werden.

Zu derselben Frage vom Standpunkt des Malermeisters sprach E. Flugger, Hamburg. Er führte aus, daß, solange die Maler das Problem der farbigen Stadt kennen, sie auch Zweifel an einer endgültigen Lösung hätten. Um aber behördlichen Zwang und Einengung der künstlerischen Freiheit auszugleichen, ist notwendig, daß die Maler bei der Festlegung von Richtlinien und Entscheidungen mitberaten können. Schwierigkeiten mancherlei Art können dadurch schon im Entstehen beseitigt werden. Ohne Zweifel ist richtig, daß zur Ausführung farbiger Fassaden nicht jeder Maler wahllos herangezogen werden kann. Deshalb hat auch die Hamburger Malerinnung im Einvernehmen mit der Baupflege zwei Beratungsstellen, eine für Hausansprüche und eine

für Reklame, geschaffen. Dieser aus 5 Personen bestehenden Beratungsstelle hat jeder Maler, der einen Fassadenanstrich auszuführen beabsichtigt, eine Voranmeldung mit Unterlagen wirtschaftlicher und technischer Art einzureichen und eventuell mündliche Auskunft zu geben. Das Baupflegeamt hat die endgültige Entscheidung, die Prüfungs- beziehungsweise Beratungsstelle hat die Ausführung der genehmigten Anstriche zu überwachen. Neben Richtlinien für Anstriche wurden bestimmte Farbgruppen vorgefahen, die aber nicht den Charakter eines farbigen Stadtbildes haben. Der Maler hat sich mit dem ihm auferlegten Zwang abgefunden, da er die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Regelung anerkennt. Es muß aber seinen ganz entschiedenen Protest hervorrufen, wenn man versucht, ihm eigenes Können und jede selbständige Handlung abzuprechen. Das Malergewerbe in seiner Gesamtheit hält sich für befähigt, das Problem der farbigen Architektur auch ohne behördlich zugezogene freie Künstler zu bewältigen.

Der Vorsitzende der vereinigten Reklamehersteller in Hamburg, Obermeister P. O. L. Mann, sprach sodann über die „Zusammenarbeit zwischen Baupflegeamt und Reklamehersteller“ in Hamburg. Im allgemeinen vollzieht sich hier der Gang genau so wie bei der Beratungsstelle für farbige Anstriche. Die Behörde allein kann die Durchführung des Gesetzes nicht sichern. Im Gegensatz zu den Anschauungen des ersten Referenten lehnt der Redner eine Normung ab, da jede Reklame im engsten Zusammenhang mit der umgebenden Verhältnisse steht. Eine schematische Behandlung ist ausgeschlossen, Außenreklame kann nur individuell sein. Nur bei einheitlichen Strahenzügen mit einheitlicher Architektur wäre eine kollektive Regelung möglich. Normung führt zur Trägheit. Dennoch kann, wenn Baupflege und Reklamehersteller gemeinsam arbeiten, auch das Ansehen der Außenreklame ein anderes Gesicht bekommen.

Als letzter Redner des ersten Tages sprach Professor Diekmann, Braunschweig, über „Die technische

# Unorganisierte sind Gegner des Fortschritts!

Beschlüssen des Verwaltungsrats ab. — Der Verdienst eines Arbeitslosen aus „Gelegenheitsarbeit“ soll künftig derart auf die Unterstützung angerechnet werden, daß Verdienst und Unterstützung zusammen 120 % der Vollunterstützung nicht übersteigen. — Für Versicherte, die regelmäßig weniger als 24 Stunden wöchentlich arbeiten (ausgenommen ist hier natürlich die Kurzarbeit), sollen für den Erwerb der Anwartschaft je zwei derartige Arbeits-tage für einen Tag gerechnet werden.

Eine Reihe weiterer Änderungen betreffen den Versicherungsanspruch stärker. Die „Sperrfristen“ werden verschärft. Grundsätzlich beträgt die Sperrfrist bei unberechtigter Aufnahme der Arbeit oder unberechtigter Nichtannahme angebotener Arbeit wie bisher vier Wochen. Die Sperrfrist soll aber in milderen Fällen bis auf zwei Wochen beschränkt und in schwereren, besonders in Wiederholungsfällen auf acht Wochen verlängert werden können. Alle hierüber hinausgehenden Anträge wurden abgelehnt. Verschlechtert ist der Ablauf der Sperrfristen. Während sie bisher einfach kalendermäßig und unkontrolliert ablaufen konnten, sollen sie künftig nur während einer kontrollierten Arbeitslosigkeit ablaufen, oder aber während einer Arbeitsperiode, wobei dann je 3 Arbeitstage gleich einen verfallenden Sperrtag gelten. — Der Begriff der „Arbeitslosigkeit“ ist dahingehend umschrieben, daß als arbeitslos nur gilt, wer nicht im Beschäftigungsverhältnis stehend, nicht „den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender erwirbt, oder durch Fortführung eines bestehenden Betriebes erwerben kann“. Die Kannbestimmung bietet eine nicht unerhebliche Gefahr, um so mehr, als auch arbeitslose Angehörige („Chegatten, Eltern, Voreltern, Abkömmlinge oder Geschwister“ — Voraussetzung ist allerdings der „gemeinsame Lebensunterhalt“ der Betroffenen) eines solchen Eigentümers unter diese Bestimmung fallen können. — Bei Verschiedenheit von Arbeits- und Unterstützungsort soll dann, wenn das Lohnniveau am Unterstützungsorte tiefer als am bisherigen Arbeitsort ist, die Unterstützungshöhe dem Lohnniveau des Unterstützungsortes angepaßt werden. Die Durchführung dieser Bestimmung ist den Verwaltungsausschüssen überlassen. Für den Vergleich des Lohnniveaus sollen die in dem Beruf des Arbeitslosen maßgebenden Löhne verglichen werden. Sind am Unterstützungsort diese Berufe nicht vertreten, so sind die Lohnverhältnisse des betreffenden Berufes der näheren oder weiteren Umgebung des Unterstützungsortes maßgebend. Diese Bestimmungen über die Angleichung an das Lohnniveau des Unterstützungsortes sind von den Gewerkschaften und auch von der Sozialdemokratie im Reichstag abgelehnt worden.

Der Hauptkampf ging um die beabsichtigten Verschlechterungen bezüglich der Unterstützungshöhe für solche Arbeitslosen, deren Karenzzeit nicht 52 Wochen beträgt, um die verlängerten Wartezeiten, um die Anrechnung der Renten und um die Regelung der Saisonarbeiter. Bezüglich dieser Punkte wurde folgendes beschlossen:

1. Jede unterschiedliche Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach der Dauer der Anwartschaftszeit unterbleibt. Es bleibt bei der zur Zeit bestehenden Regelung. Neu ist lediglich, daß für die erstmalige Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung eine 52wöchige Versicherungs-dauer innerhalb der letzten zwei Jahre, die dem Eintritt der Arbeitslosigkeit vorangehen, erfüllt sein muß. Diese Bestimmung findet nur Anwendung beim absolut erstmaligen Beanspruchten von Unterstützung. Bei jeder weiteren im Arbeitsleben eines Versicherten eintretenden Arbeitslosigkeit ist die Unterstützung nur an den Nachweis einer 26wöchigen Karenzzeit gebunden. Da die Lehrlinge in Zukunft 52 Wochen vor Beendigung der Lehrzeit versichert werden, schädigt sie diese Bestimmung nicht.

2. Die Verlängerung der Wartezeiten, sowohl allgemein, wie für Saisonarbeiter unterbleibt, nur zwei Abänderungen treten ein: Arbeitslose mit 4 oder mehr zuschlags-



**Der Verband hilft Dir in wirtschaftlicher Notlage!!**

Er sichert auch in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen angemessene Bezahlung für geleistete Arbeit und wirkt unausgesetzt an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Organisation zahlt an Ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und bei Sterbefällen finanzielle Unterstützung und sie gewährt Rechtsschutz in gewerblichen oder aus der Sozialversicherung entstandenen Streitigkeiten. Der Verband könnte mehr leisten, wenn alle Berufskollegen die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannt hätten. Jedes neue Mitglied stärkt unsere Kraft und schwächt den Gegner. Wer seine gewerkschaftliche Pflicht ernst nimmt, der **agitiere und werbe für den Verband!**

berechtigten Angehörigen haben künftig statt sieben nur drei Wartezeit. Umgekehrt erhöht sich für Arbeitslose unter 21 Jahren, die keine zuschlagsberechtigte Angehörige haben und die in die häusliche Gemeinschaft eines andern aufgenommen sind, die Wartezeit auf 14 Tage.

wahrung von Mitteln herangezogen zu werden. Wenn der genaue Gesetzesentwurf vorliegt, werden wir seinen Inhalt genauer würdigen. Unsere Stellung ist oben gekennzeichnet. Wir sind grundsätzlich für volle Gleichberechtigung aller Versicherten und für weiteren Ausbau der gesamten Sozialversicherung.

3. Die Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenunterstützung erfolgt in der Weise, daß ein Betrag von monatlich 30 M anrechnungsfrei bleibt, so daß nur der 30 M überschreitende Rentenbetrag auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen ist. Bezüglich der Anrechnung der Wartegelder und der Pensionen bestand von vornherein keine Meinungsverschiedenheit. Auch hier bleibt ein Betrag von 30 M anrechnungsfrei.

4. Die besondere Regelung der Unterstützung der Saisonarbeiter erfolgt in der Weise, daß während der Zeit der beruflichen Arbeitslosigkeit die Unterstützungssätze auf die Höhe der Krisenunterstützungssätze gesenkt werden, das heißt Lohnklasse VII sinkt auf Klasse VI, Lohnklasse VIII und IX auf Klasse VII, Lohnklasse X und XI auf Klasse VIII. Damit bleiben die Saisonarbeiter auch während der beruflichen Arbeitslosigkeit in der Versicherung, das heißt es findet keine Prüfung der Bedürftigkeit statt. Alle über diese Regelung hinaus beantragten Verschlechterungen für die Saisonarbeiter sind gefallen. Es tritt also weder eine längere Wartezeit ein, noch werden höhere Beiträge erhoben. Der bisher zugrunde gelegte „Berufskatalog“ bleibt bestehen. Ebenso die bisher festgelegten Zeiträume und Beginn und Ende der beruflichen Arbeitslosigkeit. „Abweichungen“ (von den zur Zeit festgelegten) kann die Reichsregierung nach Anhörung des Verwaltungsrates bestimmen.

Diese oben kurz skizzierten Beschlüsse umfassen die gesamte Neuregelung, soweit sie die Versicherungsleistung betrifft. Im übrigen ist noch angenommen, daß die Beitragsleistung für die Krankenversicherung der Erwerbslosen um etwa ein Drittel herabgesetzt wird. Um einen Ausweg zu haben, wenn in dem einen oder andern Falle die so weitgehende Senkung der Versicherungsbeiträge unerträglich ist, ist dem Arbeitsminister das Recht gegeben, die Krankenversicherungsbeiträge „abweichend“ zu regeln.

Vor dem Inkrafttreten muß der Reichsrat seine Meinung kund tun. Anlässlich der bevorstehenden Finanzreform wird der Kampf aufs neue entbrennen, denn es ist nicht anzunehmen, daß sich die Feinde der Arbeitslosenversicherung den billigen Brocken entgehen lassen, und das Reich wird nicht davon freikom-men, bei stärkerem Anziehen der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zur Gew-

Bedeutung des Pusses für die farbige Gestaltung alter und neuer Bauten“. Diese mehr den Architekten und Maurer interessierenden Ausführungen ließen dennoch erkennen, daß die oft dem Maler zugeschobene Schuld an der Zerstörung eines Anstriches oftmals auf viele andere, in der Zusammenfassung und Behandlung des Pusses liegende Ursachen zurückzuführen ist. So ist die anstrichzerstörende Schimmelbildung in der Regel nicht in der Zusammenfassung der Emulsionsbindemittel zu suchen, sondern die Ursachen liegen fast stets im Puss. Dennoch wäre es ungerecht, den Puss ganz allgemein als Untergrund für einen haltbaren Anstrich abzulehnen. Notwendig ist vielmehr, bei allen Zerstörungerscheinungen den tatsächlichen Ursachen nachzugehen. Sondern sollte man sich davor hüten, den Laboratoriumsversuch allein maßgebend für die Beurteilung des Pusses anzunehmen.

Der zweite Tag war ausgefüllt von Vorträgen des Dr. Wagner, Stuttgart, und Dr. Meier-Oberst, Wandsbek. Dr. Wagner sprach über „Wissenschaft und Praxis der Technik farbiger Fassadenbehandlung“. Als Grundlage dieses Vortrages diente das Ergebnis einer Umfrage bei den Regierungen und Bau-behörden über die Erfahrung mit verschiedenen Werkstoffen zum Hausanstrich. In einer ziemlich genau festzustellenden Zone von Schleswig-Holstein bis zum Mittelrhein wird der mit Zement gebundene Puss bevorzugt, da nach den Erfahrungen dieser Puss den Einflüssen des ozeanischen Klimas am besten zu widerstehen vermag. Im allgemeinen wird der Kalkpuss als Untergrund für Anstriche empfohlen.

Der Kalkanstrich wird vornehmlich seiner Billigkeit wegen bevorzugt, obwohl er geringe Haltbarkeit besitzt; vereinzelt wird auch noch Emulsion aus Heringslake als Bindemittel verwendet. Günstige Erfahrungen wurden mit Kasein gemacht, ebenso mit Emulsionen aus Kalk und Firnis, oder Kasein und Firnis. Ueber die verschiedenen Emulsionen wurden die nachstehenden Feststellungen gemacht. Aus der Zahl der praktischen Verwendungen an

Bauten hat sich Rockenit zu 23 % bewährt, Cirine-Wachse-leim zu 70 %, Neotemp zu 56 %, Demiol zu 85 %, Lukol zu 40 % und Kasinat zu 29 %. Bei Kasinat glaubte der Vortragende, daß bei einer größeren Zahl von Prüfungsversuchen das jetzt vorliegende Ergebnis wohl eine Änderung erfahren hätte. Im ganzen kann aber auch für die gesamte Emulsionstechnik kein abschließendes Urteil gegeben werden. Ihr besonderer Vorzug ist ihre Billigkeit. Vom Wasser-glas beziehungsweise Silikat anstrich ist zu berichten, daß von 144 Urteilen 112 die Keimschen Mineral-farben und 16 die Silin-Farben betreffen. 84 % der mit Keimschen Farben ausgeführten Anstriche wurden für gut befunden, und besonders auf die Brauchbarkeit dieses Materials auf jeden Puss hingewiesen. Unterschiedlich ist die Beurteilung nur in der Einwirkung der Seeluft auf die Silikat anstriche. Die weit verbreitete Deltekchnik findet eine sehr verschiedene Beurteilung, da die Ergebnisse trotz des Alters dieser Technik unbefriedigend sind. Zusammenfassend sagte der Vortragende, daß es falsch wäre, nach dem vorliegenden Resultat eine Technik gegen eine andere auszuspielen, da jede Technik für die ihr bestimmten Zwecke auch eine bestimmte Verwendung finden kann. Zum Schluß beschäftigte sich der Redner mit dem ersten Merkblatt des Bundes für Fassadenfarben. Er wies die dagegen unternommenen Angriffe zurück, die seines Erachtens von falschen Voraussetzungen ausgingen.

Der Geschäftsführer des Bundes, Dr. Meier-Oberst, erläuterte, anschaulich dargestellt durch Lichtbilder, die bauliche und städtebauliche Aufgabe der Farbe. Die vom Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild herausgegebenen Merkblätter für Anstriche von Kunstbauten und Fachwerkbauten dienen ihm als Grundlage seines Vortrages. Werkstoffe und Farben sind gleichwertig. Jede Lässigkeit der Farbe gegenüber ist unberechtigt. Gewiß gewinnt manche Stadt auch ohne festgelegten Farbplan ein farbiges Aussehen, das aber ist die Ausnahme. Der gute Farbplan ist der Ausdruck unseres

Zeitgeschmackes, der nicht Zufälliges, sondern Gewolltes gelten lassen will. Unmerklich wird das Äußere des Planes sich wandeln, der auch, wenn er gut ist, weder Künstler noch Handwerker in ihrer Tätigkeit beengern wird. Die Farbe im Stadtbild befindet sich stets im Fluß. Ein in einem Zuge geführter Marktplatz mußte gewiß unnatürlich an. Das Nebeneinander alter und neuer Farbflächen muß daher die Grundlage eines Farbplanes sein, wobei Klein- und Großstädte nicht schematisch nach gleichen Gesichtspunkten bewertet werden können. Am schwierigsten gestaltet sich die Aufstellung eines Farbplanes da, wo Bauten verschiedener Zeiten beieinander stehen. Die Farbe soll zwischen architektonisch guten und häßlichen Bauten vermitteln. Von Wichtigkeit ist auch, in der Farbgebung zwischen Fachwerk und Pussbau zu unterscheiden. Einsteilen haben in den Farbplänen des Bundes nur bunte Töne Aufnahme gefunden, da graue Töne hinreichend vorhanden sind. Das vernachlässigte Gebiet der Farbe im Stadtbild wieder urban zu machen, kann nur der gemeinsamen Arbeit gelingen.

Neben einer Anzahl von der Hochschule selbst ausgeführten Anstrichversuchen in den verschiedenen Techniken auf verschiedenem Material, Holz, Zement und Kalkpuss sowie Kunststein, wurde den Besuchern der Tagung an einem Hause am Marktplatz ein Fassadenanstrich mit Imprägnation durchgeführt. Dreimal am Tage wurde das Material mit der Spritzpistole aufgetragen und der komplette Anstrich des Hauses somit an einem Tage erledigt. Ueber die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eines derartigen Anstrichverfahrens wird man erst urteilen können, wenn längere Zeit der Versuche hinter uns liegt.

Der Verlauf der Tagung wie auch die aus dem Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes ersichtliche Wirksamkeit des Bundes berechtigen zu der Hoffnung, daß die von ihm propagierte und auch von unserer Organisation unterstützte Bewegung zur farbigen Belebung des Stadtbildes, nicht nur kulturell, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht für unsern Beruf gute Früchte tragen wird.

# Bist Du schon Abonnent

# unseres FACHBLATTES?

Deine Filialverwaltung nimmt Deine Bestellung an.

## Erfältung und Erfrierung auf den Arbeitsstellen.

Von Dr. W. Schweisheimer.

In einer staubigen Werkstatt erkältet man sich leichter als in einer staubfreien. Wie ist das der Zusammenhang?

Dazu muß man vor allem wissen, um was es sich bei einer Erkältung eigentlich handelt. Zwei Dinge sind erforderlich, um eine Erkältung herbeizuführen. Das eine ist die erkältende Ursache. Eine plötzliche Abkühlung, ein kalter Luftzug zwischen offenem Fenster und offener Tür, rascher Temperaturwechsel, ungenügende oder ungeeignete Kleidung kommen da vor allem in Betracht. Zweitens ist die Disposition des Körpers von Bedeutung, seine Bereitschaft zur Erkrankung. Ein Körper ist seiner ganzen Anlage nach mehr zu Erkältungen geneigt als der andere; er muß vorsichtiger gehütet werden. Ein und derselbe Körper ist aber auch unter Umständen zu einer Zeit mehr geneigt zu einer Erkältung als zu anderer Zeit. Ein Mensch, der nach langer Arbeit ermüdet ist, kann sich leicht erkälten; ebenso wenn er durch eine Magenverstimmung in seiner Widerstandsfähigkeit herabgesetzt ist oder durch eine Darmkrankheit mit Durchfällen besonders geschwächt ist.

Nicht da, wo die Kälte Wirkung merklich ist, muß es zur Erkrankung kommen. Fernleitung ist für Erkältung charakteristisch. Der Mann, der sich kaltnasse Füße im Schnee geholt hat und während seiner Arbeitszeit die Fußbekleidung nicht wechseln kann, erkrankt an einem Erkältungskatarrh des Darmes. Oder ein Mann der zu leicht bekleidet in der ungeheizten Werkstatt sitzend Arbeit zu verrichten hat, bekommt am nächsten Tage eine Halsentzündung. Erkältung setzt die Widerstandskraft der Gewebe und Schleimhäute herab. An den geschwächten Stellen dringen Krankheitserreger ein, die das unter normalen Umständen nicht vermöchten. Es kommt zu einer Infektion, zu Fieber, gegebenenfalls zu weiterem Vorschreiten der Krankheitserreger im Körper.

So wird auch der Staub auf der Arbeitsstelle zur Erkältungsursache. Die Schleimhäute der oberen Luftwege, der Bronchien, werden durch den Staub gereizt; tritt jetzt eine Erkältungsgelegenheit auf, so ist hier bereits ein Ort verminderter Widerstandsfähigkeit geschaffen. Gute Ventilation und Staubabsaugung in einer Werkstatt dienen deshalb auch zur Verminderung von Erkältungskrankheiten. Muskelschleimhauterkrankungen tritt oft an der Stelle auf, die selbst der Erkältung ausgesetzt war: in der Schulter, an die es von einem schlecht schließenden Fenster „hingezogen“ hat, in der Wade, auf die ein scharfer Luftzug traf. Auch die Verdauungsorgane sind gegen Erkältungen empfindlich.

Zur Verhütung von Erkältungen müssen vor allem Erkältungsursachen vermieden werden. Wer zugempfindlich ist, muß sich vor Zug bewahren. In der Straßenbahn, einem Ort häufiger Erkältung, sollten die vorderen Türen geschlossen sein. Ungenügende Dichtung an den Fenstern oder Wänden der Werkstatt ist auszubessern. Die Kleidung ist, ohne Rücksicht auf den Kalender, dem tatsächlich vorhandenen Wetter anzupassen. Ueberheizung der Werkstatt ist noch bedenklicher als Unterkühlung; der läßt Wechsel beim Verlassen des Raumes zwingt zu rascher Umstellung der Wärmeregulierung im Körper, die nicht immer rasch genug vor sich geht. Wer zu Mandelentzündungen neigt, wird bei drohender Erkältung den Mund desinfizieren, sei es durch Gurgeln mit geeigneten Flüssigkeiten oder durch Zerhacken von entsprechenden Pastillen. Bei vernünftiger Abhärtung wird weniger vom kalten Wasser als von frischer kalter Luft Gebrauch zu machen sein. Ueberernährung erhöht die Neigung zu Erkältungen.

Oft läßt sich einer Erkältungskrankheit durch richtiges Verhalten noch Einhalt tun. Am wichtigsten ist Wärme von außen und von innen. Mit oder ohne heißes Bad ins vorgewärmte Bett, dann heißen Tee, gleichviel welcher Art. Etwas Weinbrand oder Rum in den Tee, auch Glühwein ist zu empfehlen. Die Wärmewirkung bei heranziehenden Mandelentzündungen, Bronchialkatarrhen usw. läßt sich durch Gaben eines der Schweißabsonderung anregenden Medikamentes, wie Spiritin, unterstützen. Hals- und Brustwickel — ein feuchtes Tuch, darüber eine ringsumhüllende Schicht Guttapercha oder Willroth-Battist, darüber ein wollenes Tuch — leisten gute Dienste. Zweckmäßig ist es, auf dem Werkstattofen stets etwas Wasser zur Verdunstung zu bringen, damit die Luft nicht zu trocken wird. Setzt man diesem verdunstenden Wasser etwas Fichtennadel- oder Kiefernöl zu, so wird dadurch auf die oberen Luftwege ein beruhigender und hellender Einfluß ausgeübt.

Die Arbeit auf einer zu kalten Arbeitsstelle wird im Winter die Veranlassung zu zahlreichen Erfrierungen. Wer mit dem ganzen Körper arbeitet, neigt weniger zu solchen Erfrierungen als der, der seine Arbeit im Sitzen oder Stehen verrichten muß. Ein großer Teil der Erfrierungen der Hände läßt sich verhindern, wenn die Hand sachgemäße Pflege erfahren würde. Schon leichte Erfrierungen der Hände behindern die Arbeitsfähigkeit.

Die erste Schutzmaßnahme ist das Tragen von warmen Handschuhen. Wolle ist am geeignetsten. Auf das Material kommt es aber weniger an, als darauf, daß die Handschuhe genügend weit sind. Zu eng anliegende Handschuhe werden Ursache von Erfrierungen, weil an den gedrückten Stellen der Blutzirkulation eingeschränkt ist. Zu trockene Luft im Innern der Häuser gibt gleichfalls Veranlassung zu Hautschädigungen. Bemerkenswerterweise vertragen zahlreiche Menschen im Winter Waschungen mit kaltem Wasser besser als mit heißem. Solche Dinge lassen sich freilich nicht verallgemeinern. Jeder muß durch Erfahrung das herausfinden, was ihm selbst am zuträglichsten ist. Die Seife soll nicht zu hart sein, das will sagen, nicht allzuviel Alkali enthalten. Auf jeden Fall muß sie am Schluß des Waschens ganz mit Wasser aus den Poren der Haut entfernt werden. Das Abtrocknen nach dem Waschen muß rasch und sorgfältig geschehen; namentlich an

den Handgelenken darf nicht noch Wasser nach dem Abtrocknen zurückbleiben. Gerade hier wird oft zu leichtfertig vorgegangen, und hier liegt infolgedessen mit eine Hauptursache für das Aufspringen und Erfrieren der Hände im Winter. Die Waschungen entziehen der Haut viel Fett (das von den Talgdrüsen geliefert wird). Einer empfindlichen Haut ist das Fett wieder zuzuführen, soll sie nicht rauh und brüchig werden. Dazu dienen die zahlreichen Einreibemittel, die im einzelnen wechselnd geschätzt werden, denen allen aber die Zufuhr von Fettstoffen in die Haut gemeinsam ist. Zweckmäßig wird nach jeder Waschung etwas von diesen Einreibemitteln in die Haut verrieben.

Frostbeulen bedeuten ein wenn auch nicht gefährliches, so doch höchst unangenehmes Leiden für viele Menschen. Ist erst einmal eine Erfrierung an dieser Stelle aufgetreten, dann jedes Jahr mit Eintritt der kalten Witterung erneuern sich die Beschwerden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Störungen in den Blutgefäßen durch die Erfrierung, mit nachfolgender Verhärtung und Verdichtung des Gewebes. An den Händen ist das Tragen von nicht genügend warmen oder zu engen Handschuhen die Ursache, weiterhin Beschäftigung mit kaltem Wasser im Winter. An den Füßen tragen in der Regel zu enge Schuhe die Schuld an der Frostbeulenentstehung. Jucken und Beissen, Schmerzen, Rötung und Schwellung, bei stärkeren Graden auch Geschwürbildung und Eiterung, treten auf. Das Jucken wird oft in der Wärme stärker, namentlich am warmen Ofen, während es im Kalten, im Freien wieder schwindet.

Geeignete Maßnahmen wollen das erkrankte Gewebe kräftigen. Tägliche warme und kalte Fußbäder, Massage und gymnastische Übungen des Fußes kräftigen den Blutkreislauf im Fuß. Einreiben mit Schnee lindert, wie bei allen örtlichen Erfrierungen, die quälenden Beschwerden vorübergehend oft recht gut. Ein altes Hausmittel ist das Eichenrinde- oder Eichenblätterbad, auch ein heißes Bad in der Abkochung von Selleriemurzeln und -blättern. Ein altes Volksmittel ist auch die Einpinselung der Frostbeulen mit heißgemachtem Eichelkeim; darüber kommt etwas Verbandleinwand. Gut sind auch Alkoholumschläge, Verpinselung mit Jodtinktur, Jodkalklösung oder Jodhol. Darüber eine Watteleichte, nach einigen Tagen heiße Bäder und Wiederholung der Pinselung. In Fällen, die sich trotz Anwendung der gebräuchlichen Mittel nicht bessern wollen, haben Röntgenstrahlen rasche Heilung — oft schon mit einer einzigen schwachen Bestrahlung — herbeigeführt. Wenn die Frostbeulen in „offene Stellen“ oder in richtige Wunden übergegangen sind, ist eine sachgemäße Wundbehandlung durchzuführen, andernfalls kann es zu Verunreinigungen und langwierigen Eiterungen kommen.

## Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Das „Reichsarbeitsblatt“ Nummer 28 vom 5. Oktober dieses Jahres berichtet über die Arbeitsmarktlage Mitte September 1929. Danach ist die erfahrungsgemäß alljährlich mit dem Beginn des Herbstes zu erwartende Verschlechterung schon in der ersten Septemberhälfte merklich fühlbar geworden. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden ist vom Ende August um 33 818 oder 2,5% auf 1 393 493 Personen gestiegen. Trotzdem kommt der Bericht, der die Lage des Arbeitsmarktes nach der Stichtagsabgrenzung vom 17. September beurteilt, zu der Auffassung, daß sich der Uebergang vom Sommer zum Herbst in ruhiger Bahn vollzogen habe und er glaubt, auf eine gewisse Festigung der Wirtschaft schließen zu dürfen. Denn obwohl im vorigen Jahre in der zweiten Augusthälfte noch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 83 000 festgestellt wurde, sei schon in der ersten Septemberhälfte eine Verschlechterung um 91 500 Arbeitsuchende eingetreten, so daß also die jetzige Steigerung zahlenmäßig fast um zwei Drittel hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurückbleibe.

Für unser Maler- und Lackierergewerbe, beziehungsweise die Mitglieder unseres Verbandes, trifft diese immerhin erfreuliche Tatsache zumindest für das Ende des Monats September nicht mehr zu. Die berufliche Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vormonat absolut um 373, relativ um 0,2% gestiegen und sie beträgt jetzt gegen die 6,8%, Ende September 1928 genau das Doppelte. In 154 Filialen mit insgesamt 57 078, davon 241 weiblichen Mitgliedern, die rechtzeitig berichtet haben, wurden diesmal 7 535 männliche und 26 weibliche, zusammen 7 561 oder 13,2% der erfassten Mitglieder als arbeitslos ermittelt. Dabei ist die ganz außerordentliche Steigerung der weiblichen Arbeitslosen von 1 an. Ende des Monats August auf 26 am Ende des Monats September besonders auffallend. Leider wird auf der Berichtskarte, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geliefert wird, keine Trennung nach den verschiedenen Sparten eines Berufes vorgenommen. Es läßt sich also daraus nicht feststellen, aus welchen Berufsgruppen sich die arbeitslosen Mitglieder zusammensetzen. Wir glauben aber aus der Vermehrung der restlos aus industriellen Betrieben kommenden weiblichen Arbeitslosen auf beträchtliche Verschlechterungen für die Lackiererkollegen schließen zu müssen. Diese Annahme findet eine Bestätigung in den Ermittlungen der Arbeitsämter, die im obenerwähnten Bericht für die metallverarbeitenden Betriebe und die Maschinenindustrie eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und eine Zunahme der verfügbaren Arbeitsuchenden aus diesen Industriezweigen um 3,6% auf insgesamt 222 833 Personen feststellen. Andererseits lehrt uns ja auch die Erfahrung, daß Renovierungsarbeiten in Wohnungen und Innenräumen für das eigentliche Malergewerbe gerade um diese Zeit noch einmal eine reaneri Geschäftstätigkeit zu bringen pflegen, womit zumindest eine so frühzeitige Verschlechterung des beruflichen Arbeitsmarktes für die Baualer als nicht gegeben angenommen werden darf. Im ganzen war die Arbeitslosigkeit im laufenden

Jahre, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, erheblich schlechter als 1928.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929	
Januar ..	162	161	47 228	53 291	14 776	22 270	31,3	41,8
Februar ..	167	170	48 082	54 552	12 957	26 412	26,9	48,4
März ..	151	148	46 580	51 716	6 898	15 938	14,4	30,8
April ..	157	154	48 503	53 380	3 502	8 001	7,2	14,9
Mai ..	156	177	49 708	58 047	2 189	4 995	4,4	8,6
Juni ..	151	157	48 453	50 523	2 355	5 540	4,9	11,0
Juli ..	134	159	45 744	57 730	2 832	6 103	6,2	10,6
August ..	157	152	53 800	55 255	3 698	7 188	6,9	13,0
Sept. ....	151	154	52 388	57 078	3 448	7 561	6,6	13,2
Oktober ..	160		53 673		6 297		11,7	
Nov. ....	164		55 086		11 451		20,8	
Dezember ..	167		55 630		19 217		34,6	

Die Zahl der Kurzarbeiter ist um 14 zurückgegangen; aber auch hier ist eine geringe Zunahme der weiblichen festgestellt. Gegen 857, davon 14 weiblichen am Ende des Monats August, wurden jetzt insgesamt nur 843, aber 17 weibliche Kurzarbeiter gezählt. Die Wochenarbeitszeit war verkleinert: für 523, gegen 100 Beschäftigte im Vormonat bis zu 8 Stunden, für 136 (gegen 44) Beschäftigte um 9 bis 10 Stunden und für 184 (gegen 309) Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden. Es ist also eine Verschiebung eingetreten, die in der ersten Gruppe eine Vermehrung um 0,7%, in der zweiten Gruppe eine Verminderung um 0,6% und in der dritten Gruppe eine solche um 0,3% bedeutet, im ganzen das Prozentverhältnis aber nicht wesentlich zu beeinflussen vermag.

Nicht oder zu spät berichtet haben die Filialen: Bamberg, Bernburg, Bochum, Detmold, Emmendingen, Eschwege, Forst, Friedberg, Greifswald, Hamm, Herford, Hildesheim, Hoyerwerda, Kolberg, Lauenburg in Pommern, Legnitz, Marburg, Mülheim an der Ruhr, Neuwied, Paffau, Pirmasens, Rathenow, Schweinfurt, Trier, Weiden, Weiskammer, Wefel, Wolfenbüttel und Worms. Wenn das Gesamtergebnis auch kaum erheblich beeinflusst werden könnte, so muß der Ausfall einer so beträchtlichen Zahl sämtiger Filialen doch als Mangel empfunden werden. Zudem handelt es sich mit geringen Ausnahmen um Filialen ohne auswärtige Zahlstellen, bei denen die Erhebung ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen wäre. Möge diese öffentliche Mahnung den Erfolg haben, daß die Berichtskarte für Oktober von allen Filialen spätestens bis 5. November an die Hauptverwaltung eingehandt wird.

## Reklame und Profit.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Nicht immer galten die gleichen Ansichten über die Reklame und das ihr zu Grunde liegende Prinzip der freien Konkurrenz. In der durch die Rünfte geregelten Wirtschaftsordnung des Mittelalters zum Beispiel war nichts so sehr verpönt wie die Konkurrenz.

Dann aber kam gegen Ende des Mittelalters in den Städten die Ausruferei auf, das heißt die Warenanpreisung durch das Ausrufen gleichbleibender Worte, wie wir sie noch heute von Hausierern, Scherenschleifern, Kesselflickern usw. hören und wie sie die engen Gassen der mittelalterlichen Städte den ganzen Tag widerhallen ließen.

Auf lange Zeit hindurch galt das Absprengigmachen von Käusern durch die Ausruferei als schimpflich und so hieß es zum Beispiel in der Polizeiverordnung der Stadt Mainz aus dem 18. Jahrhundert: „Niemand solle sich in des andern Handel eindrängen oder seinen eigenen so stark führen, daß andere Bürger darüber zugrunde gehen.“

Was du nicht willst, daß man dir tu’,

Das füg’ auch keinem andern zu!

war die Moral des vorkapitalistischen Erwerbslebens.

Schon war aber im Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen, der überseeischen Raubzüge, der Vertreibung der heimischen Bauern von Haus und Hof in der Zeit der Entstehung der Leibeigenschaft, in einem Zeitalter, das bei uns noch immer den ehrenden Beinamen „Humanismus“, das ist „Menschlichkeit“, trägt, der Geist des Kapitalismus entstanden, dessen Grundgedanke: „Dem Tüchtigen freie Bahn!“ das Prinzip der freien Konkurrenz zum Abgott der kapitalistischen Welt werden ließ. Und bald entsteht aus der mittelalterlichen Produktion für den bekannten Bedarf einer bekannten Rundschaft die kapitalistische Produktion für den Profit, ohne Rücksicht auf die Deckung des Bedarfs, den man, da für den unbekanntem Markt produziert wird, gar nicht kennt. In diesem Kampf aller gegen alle muß der Produzent, um bestehen zu können, seinen Konkurrenten nicht nur gleich, sondern überlegen sein, das heißt: er darf sich auf die Dauer nicht mit einem durchschnittlichen Profit zufrieden geben, sondern muß nach Extraprofiten streben.

Vergewenwärtigen wir uns rasch wie der Profit entsteht! Karl Marx hat uns gelehrt, daß der Profit aus der Ausbeutung des Arbeiters stammt, das heißt aus der Tatsache, daß der kapitalistische Unternehmer seinem Arbeiter im Lohn weniger an Werten zurückgibt, als dieser für ihn geschaffen hat. Dieser Mehrwert — so nennen wir die Differenz — wird um so größer sein, je mehr der Kapitalist von seinem Kapital, nicht für die Anschaffung von totem Material, das heißt von Maschinen usw. verwendet, sondern je mehr lebende Arbeitskräfte er beschäftigt, denen er von seinem Kapital Löhne zu zahlen hat und bei welchem Anlaß er Mehrwerte abschöpft.

Stellt er dann diesen Mehrwert bei seinen Berechnungen nicht bloß dem für die Bezahlung von Löhnen ver-

# Berufliches Wissen tut not

Lest unser

# FACHBLATT DER MALER!

wendeten Kapitalteil, sondern dem gesamten in der Produktion verwendeten Kapital, also einschließlich des für die Anschaffung von totem Material verwendeten Sachkapitals gegenüber, so spricht man nicht mehr von Mehrwert, sondern von Profit und nennt das Verhältnis zwischen Profit und Gesamtkapital: Rentabilität.

Wir haben nun oben gehört, daß den Kapitalisten ein durchschnittlicher Profit nicht genügen kann, sondern daß sie Extraprofite brauchen, um im Konkurrenzkampf Sieger zu bleiben. Zu diesem Zwecke müssen sie alle technischen Neuerungen mitmachen, ja, selbst kostspielige Laboratorien errichten, um neue Erfindungen zu erzwingen. Dabei steigt der für die Anschaffung von totem Material verwendete Kapitalteil immer mehr an, während die Zahl der Arbeiter unverändert bleibt oder gar kleiner wird. Damit bleibt aber auch der Mehrwert unverändert oder wird kleiner. Ist nun das Gesamtkapital durch die Neueinstellung von Maschinen und dergleichen größer geworden, der Mehrwert aber bestenfalls gleich geblieben, so ergibt sich, daß das Verhältnis zwischen Mehrwert und Gesamtkapital ungünstiger geworden, das heißt die Rentabilität gesunken ist.

Damit keine Mißverständnisse entstehen, sei ausdrücklich erwähnt, daß die absolute Profitmenge in diesem Beispiel an sich größer werden kann, daß aber das Gesamtkapital, wie die Statistik lehrt, verhältnismäßig noch viel rascher wächst, also trotz des Wachstums der absoluten Profitmenge mit Recht von einem relativen Sinken des Profits, von einem Rückgang der Rentabilität gesprochen werden kann. Ist das aber das Ergebnis der normalen kapitalistischen Entwicklung, dann ist es verständlich, daß das Streben des einzelnen Unternehmers, seinem Konkurrenten zuvorzukommen, wenn es auch nur für kurze Zeit gelingt, immer stürmischer wird.

Gelingt es ihm durch die Verbesserung der Qualität oder durch die Senkung des Preises seiner Produkte, dann kann er auf das kostspieligste Mittel des Konkurrenzkampfes, auf die Reklame, verzichten. Sonst aber muß er die Entschlußfähigkeit eines unbekannteren Käuferkreises durch ungewöhnliche Mittel zu beeinflussen trachten, muß die Reklame dazu verwenden, durch Sinnesreizungen aller Art, hauptsächlich des Auges usw., durch verstärkte und immer wiederholte Sinnesreizungen dem Publikum den Kauf einer Ware zu suggerieren.

In Newyork gibt es eine Ecke, die dafür bekannt ist, daß sich dort fast jeden Tag mindestens ein Verkehrsunfall ereignet. An dieser Ecke befindet sich auch ein Restaurant, an dem ein Schild mit folgender Inschrift angebracht ist: „Von hier aus kann man sehen, wie die Passanten totgefahren werden.“ Das Geschäft geht glänzend.

In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt man nach Schätzungen von Kennern jährlich 1 bis 1 1/2 Milliarden Dollar für Reklame aus; davon entfallen 1/2 Milliarde auf Zeitungsinserate, 1/4 Milliarde auf Versand von Prospekten usw. Die Ausgaben für Reklame machen ungefähr 10 bis 40 % der Verkaufspreise, das sind 1 bis 5 % des Verkaufspreises aus.

Voraussetzung aller erfolgreichen Reklame ist — wie der bekannte Gelehrte Combart sagt —, der Schwachsinns der großen Masse, die sich tatsächlich suggestiv beeinflussen läßt und offenbar wirklich Dinge beim Einkauf oder Besuch bevorzugt, die sie in der angebotenen Weise hat anpreisen sehen oder hören. Würde das Publikum auf die Reklame so reagieren, wie es der Verständige tut; daß er nämlich die angepriesenen Dinge nicht kauft, so würde die Nutzlosigkeit der Reklame bald eingesehen sein und diese ihr Ende erreicht haben. Aber von dieser Seite droht ihrem Bestande keine Gefahr. Wohl aber trägt sie in sich selber eine gewisse Tendenz zur Auflösung, sofern bei immer stärkeren Reizmitteln diese schließlich ihre Wirkung verlieren. „Wenn alle laut schreien, hört man keinen mehr.“

Und wir können hinzufügen, daß das für Reklame verwendete Kapital das in der Produktion steckende Gesamtkapital vermehrt, ohne den Mehrwert zu beeinflussen, daß also die Reklame letzten Endes selber zum Sinken der Rentabilität beiträgt.

Dem können die Kapitalisten zum Schluß nur durch die Aufhebung des Konkurrenzprinzips begegnen, und wir sehen in der Tat, wie an Stelle des gegenseitigen Niederkonkurrierens Kartell- und Trustvereinbarungen der mannigfachen Art treten.

So wird aus dem freien Kapitalismus allmählich ein gebundener, und es ist nicht zu bezweifeln, daß aus dem gebundenen Kapitalismus die Wirtschaftsordnung der Zukunft entstehen wird, sei es durch langsame Entwicklung, sei es durch eine revolutionäre Drehung um 180 Grad; eine Ordnung, in der nicht um des Profits willen gewirtschaftet werden wird, sondern einzig und allein um die Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, eine Wirtschaftsordnung, die keine Reklame mehr braucht, sondern zu deren Preis die Himmelschreiber der Zukunft das Wort „Sozialismus“ ans Firmament schreiben werden.

## Neue Wege der Kindererziehung.

Die sozialistische Kinderfreundebewegung kann als die jüngste Mitarbeiterin der modernen Arbeiterbewegung angesehen werden. Ihrer besonderen Bedeutung gemäß ist sie vornehmlich eine Erziehungsbewegung, auch eine „pädagogische Provinz“ im Staate, die das Vakuum, das durch das Ungenügen des staatlichen Unterrichtswesens entsteht, durch eine neue Lebens- und Arbeitsgestaltung in fortschrittlichem Geiste ausfüllen will. Dabei soll die aufbauende Arbeit der schon vielerorts wirkenden Reform- und Versuchsschulen nicht übergangen werden; im Gegenteil, diese Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Aber selbst die modernsten Schultypen unserer Tage beschränken sich noch in überwiegendsten Teilen darauf, zehranfalten und keine Lebens- und Erziehungsgemeinschaften in unserm Sinne zu sein. Sie dür-

## Gewerkschaften gegen Jugenberg.

Schon einmal, vor fast einem Jahrzehnt haben sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer festgefühten republikanischen Phalanx vereint, um dem dreifachen Ansturm politischer Hasardspieler Halt zu bieten.

Die Niederwerfung des Rapp-Putschs, die Rettung der deutschen Demokratie vor dem ersten Vorstoß des inneren Feindes, ist das unauslöschliche Verdienst dieses republikanischen Dreieckes.

Der Putschismus wurde geschlagen, aber er ist nicht tot. Nicht einmal die Lächerlichkeit, in der sein zweiter pathetischer Versuch im November 1928 erstickte, hat ihn gestiftet. Er ist zäh wie die Dummheit. Er ist unbelehrbar wie aller Fanatismus, der nur von unbefriedigtem Geltungsdrang und „der Lust an allem, was den Gegner zerstören kann“, lebt.

Die Bombenattentate des letzten Jahres sind ein Beweis nicht für die Gefährlichkeit, aber doch für die Lebenskraft wie für die fanatische Beschränktheit dieser Sorte Putschismus.

Erster zu nehmen ist der nationalistiche Block, den Jugenberg aus den Bänden der Unzufriedenen und Enttäuschten zusammengeschweift hat, wenngleich er nur eine Minderheit des Volkes repräsentiert.

Freilich, auch diese Epithetorganisation des nationalistiche Spießertums, in der immer dieselben Mitglieder von einem Duzend Parteien, Bänden und Bündchen unter einen Stahlhelm gebracht sind, ist nur ein Gespensterschiff aus vergangenen Zeiten. Es ist nicht der lebendige Geist der Gegenwart, der Kapitän und Mannschaft dieses Wracks besetzt. Wozu sie 1918 und 1919 nicht den Mut fanden, das wollen diese Helden jetzt, wo ihnen keine Gefahr droht als eine unblutige Niederlage, nachholen. So rüsten sie sich zur Fahrt, aber nicht auf das offene Meer der auswärtigen Politik, nicht wider die „Feindmächte“ von einst — ihre Courage reicht nur so weit wie die Grenzen der deutschen Republik.

Ihre Expedition geht nur gegen das neue Deutschland. Ueber diese Tatsache können die prahlerischen und zweideutigen Worte gegen die auswärtigen Mächte in dem „Befehl gegen die Verklawung des deutschen Volkes“ nicht hinwegtäuschen. Der völlige Bruch mit dem bisherigen System, auch und vor allem in der inneren Politik — das ist die Absicht des Jugenberg-Ausflusses. Das ist der wirkliche Sinn ihres Volksbegehrens.

Stresemann, den wir in der vergangenen Woche zu Grabe getragen haben, wußte, um was es Jugenberg und seinem Anhang geht. Er hat es am 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung unzweideutig ausgesprochen.

„Es ist ein Kampf um die Macht im Staat und nicht um die Kriegsschuldfrage... Es ist ein Kampf gegen das heutige Deutschland mit der bewußten Absicht, eine Verteilung des Volkes herbeizuführen und für diejenige Gruppe, die im schärfsten Kampf gegen den heutigen Staat steht, auch die Regierungsgewalt zu erringen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß dieser Kampf um die Existenz des Staates selbst geht.“

Freie Mitwirkung des Volkes, seiner Parteien und seiner repräsentativen wirtschaftlichen Organisationen an Gesetzgebung und Verwaltung, oder restlose Beseitigung der Volksrechte;

Mitbestimmung des Staates und der Gewerkschaften im Gesamtbereich der Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik; Demokratisierung der Wirtschaft, oder Autokratie des Unternehmertums;

Ausgestaltung der Sozialversicherung zu einem einheitlichen Bau deutschen Gemeinwillens, oder Zerstörung seiner Fundamente und Abbau der sozialen Leistungen. Mit einem Wort: Demokratie oder Diktatur — Freiheit oder Knechtschaft.

Das ist die Alternative, vor die der Jugenbergausfluß das gesamte deutsche Volk stellt.

In diesem Kampf um den Bestand der deutschen Demokratie, geschaffen und gestaltet von den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes, in diesem Kampfe, in dem die in einer Front vereinten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten schon manchen Sieg errufen, in diesem Kampf, in dem sie die Vorkämpfer und Repräsentanten der Mehrheit des Volkes sind, gilt es in den kommenden Wochen einen entscheidenden Sieg erringen.

Das Volksbegehren muß ein Flakko werden, das allen offenbar macht, wo das deutsche Volk steht.

Der Volksentscheid muß zu einer vernichtenden Niederlage der Feinde des neuen Deutschland werden.

Die großen Führer der deutschen Republik, die von Angehörigen eben jener Kreise verleumdet, ermordet oder zu Tode gehetzt worden sind, die heute das deutsche Volk, vor allem aber die Massen der Werkstätigen für ihre Ziele ködern wollen, die Helden und Märtyrer der deutschen Einheit und Freiheit, der deutschen Demokratie, dürfen nicht vergeblich gefallen sein.

Keiner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten darf seinen Namen hergeben für die Heuchler und Pharisäer, die die Führer des neuen Deutschland zu Landesverrätern stempeln wollen. Keiner von ihnen darf sich in die Listen des Volksbegehrens einzeichnen.

Kommt es aber zum Volksentscheid, so muß das millionenfache Nein des werktätigen Volkes die Hoffnung aller zerstören, die den neuen Staat beherrschen wollen, obwohl sie ihn hassen. Für die Arbeiterschaft gibt es nur die eine Parole:

### Nieder mit dem Volksbegehren!

.....fen auch gar nichts anderes sein, da sie sich ja noch in den sehr widerspruchsvollen Organismus des heutigen kapitalistischen Staates einfügen müssen.

Welcher Weg aber gegangen werden muß, um die Kinder der Arbeiterschaft für die Gestaltung einer besseren Zukunft zu befähigen, zeigen die Bemühungen der Kinder-

freunde. Elementarunterricht zu erteilen, ist nicht ihre Aufgabe, aber aus den ihr anvertrauten Kindern eine lebensdienliche freundschaftsfrohe Gemeinschaft zu machen, ist ihr im Laufe des verhältnismäßig kurzjährigen Wirkens gelungen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen als eine neue Form die Kinderrepubliken, die als Zeltlager veranstaltet worden. Hierauf aufmerksam zu machen, ist der Sinn dieser kurzen Zeilen.

Warum Zeltlager? Diese Frage ist schon oft von Eltern und Erziehern gestellt worden, und die Beantwortung, die selbstverständlich aus dem Vokabularium der Erziehungsgrundsätze der Kinderfreunde entnommen wurde, nicht immer recht anerkannt und gewürdigt worden. Ausgangspunkt war die Ueberzeugung, für die Arbeiterkinder von etwa 10 bis 14 Jahren die glücklichste Form einer gemeinschaftlichen Erziehung zur Ordnung, Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu finden. Diese drei Notwendigkeiten jeder menschlichen Gemeinschaft sind auch zu den Maximen und Parolen der Bewegung geworden. Man kann das auch durch mehr oder weniger lehrhafte Unterweisungen tun, aber eindrucksvoller und vor allem kindesgemäßer ist es, alle die Dinge, die zu der Existenz eines freien und solidarischen Menschen notwendig sind, selbst erarbeiten, selbst erleben zu lassen. Die Zeltlager und besonders die seit zwei Jahren veranstalteten großen Zeltrepubliken der Kinderfreunde geben genügend Gelegenheit, jedes Kind schon frühzeitig in den Rhythmus und in die Funktionen eines sozialistischen Staates, der für die erwachsene Arbeiterschaft noch ein Traum von morgen ist, einzuordnen. Hier, in seiner Zeltlagergemeinschaft, erlebt das Kind oft zum ersten Male die Gesamtheit als Ganzes, die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe, das „Wir“, das „Alle für alle“. Indem es sich nicht nur als Bürger seiner Republik, sondern auch als gleichberechtigter Träger und Funktionär seines selbstgeschaffenen Staates empfinden lernt, wächst in ihm ein größeres Gefühl für Verantwortlichkeit und Treue, als das durch eine auch noch so gut gelehrte Staatsbürgerkunde der Fall sein kann.

Aus diesen Anmerkungen wie überhaupt versteht sich, daß die Zeltlagerrepubliken auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In ihnen lebt der fruchtbare Gedanke einer Selbstverwaltung, reguliert und ventiliert durch eine sinnvolle, dem Geltungsdrang und kindlichem Empfinden angepasste Form eines parlamentarismus. 12 bis 15 Kinder schließen sich zu einer Zeltgemeinschaft zusammen, wählen aus ihren Reihen einen Obmann. Die Zeltobleute bilden das Dorfparlament (unter Vorsitz des Bürgermeisters). Aus der Mitte des Dorfparlamentes werden die Vertreter ins Lagerparlament gewählt, die die Volksvertretung der gesamten Republik ist. Dem Lagerparlament gehören außer den Dorfabgeordneten noch der Lagerpräsident, der Lagerobmann, die Bürgermeister der einzelnen Zeltörter und die Sachverwalter (für Ernährung, Material, Post, Veranstaltungen usw.) an. Diese gewählten Vertreter und Körperschaften verwalten den Haushalt nach rationalen Prinzipien, die die gesamte Ökonomie und Organisation notwendig macht, und repräsentieren die Kinderrepublik. So leben nun die Kinder (9000 in fünf reichsdeutschen und einem dänischen Lager sind es schon in diesem Jahre gewesen) mit den erwachsenen Helfern vier Ferienwochen in Luft, Sonne und Freiheit. Alle tragen sie dazu bei, daß der Staat, den sie selbst errichtet haben, zur Heimat ihres Glaubens und ihrer Freude wird. Sie sind alle stolz auf ihre Republik; die erwachsene Arbeiterschaft, in deren Reihen einstmals ihre Kinder kämpfen werden, kann es auch sein. W. G. O.

## Nationalisierung und Altersgrenze in den Vereinigten Staaten.

Die Nationalisierungsbestrebungen der deutschen Industrie haben dazu geführt, tausende älterer Arbeiter und Angestellter als nicht mehr voll leistungsfähig auf die Straße zu setzen. Die Arbeitsnachweise und Arbeitsämter zählen unter den langfristig Erwerbslosen vielfach ältere Männer und Frauen, und die besonderen Hilfsmaßnahmen, die für die Erwerbslosen in höherem Alter getroffen werden müssen, zeigen, daß es sich dabei um keine Einzelercheinung oder um einen vorübergehenden Zustand handelt.

In diesem Zusammenhang dürfte eine großzügig angelegte Untersuchung interessieren, die die National Association of Manufacturers, die führende Fabrikantenvereinigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, unter den Tausenden ihrer Mitgliedsfirmen veranstaltet hat. Die Enquete sollte zuverlässiges Material darüber ergeben, in welchem Umfange in den amerikanischen Industriebetrieben eine Altersgrenze für Arbeiter und Angestellte festgesetzt wurde, welche Grundsätze dazu führten und welche Erfahrungen gesammelt wurden. Nach dem bisher veröffentlichten Material hatten nur 50 Prozent der befragten Firmen eine Altersgrenze vorgesehen. Die meisten Firmen erklärten, daß bei ihnen nicht das Alter maßgebend sei, sondern die Leistung des betreffenden Arbeiters. Vielfach bevorzugten sie sogar ältere Leute, weil sie sorgfältiger arbeiten, geschickter sind und vor allem wenig wechseln.

Von den Firmen, die eine Altersgrenze festgesetzt haben, wird betont, daß sie Leute, die in dem betreffenden Betriebe das Grenzalter erreichen, nicht entlassen, sondern nur bei Einstellung neuer Arbeitskräfte werde auf eine bestimmte Altersgrenze gesehen. Die angegebenen Zahlen bewegen sich zwischen 25 und 70 Jahren. Am häufigsten werden genannt 45 Jahre für ungelernete und 50 Jahre für gelernte Arbeiter. Als Hauptgründe für die Einführung der Altersgrenze werden genannt die geringere körperliche Eignung älterer Leute für die spezielle Berufsarbeit (Nachlassen der körperlichen Kräfte, der Sehschärfe, der Sicherheit der Hand usw.), andere erwähnen, daß ältere Leute häufiger von Unfällen betroffen würden und daß deshalb für ältere Leute erhöhte Prämien an die Unfall-

# Alle Kräfte zur weiteren Stärkung des Verbandes!

Genossenschaften zu zahlen seien, eine dritte Gruppe betont überhaupt die Notwendigkeit, ältere Leute aus dem Wirtschaftsprozess auszuschalten und durch Schaffung besonderer Fabrik-Pensionskassen für sie zu sorgen. Ein ganz geringer Kreis führt als Grund für die Festsetzung einer Altersgrenze an, daß in ihrem Betriebe eine — in Deutschland unbekannt — Gruppenversicherung bestehe, die durch die alten Leute zu schwer belastet würde und man müsse deshalb im Interesse der Gesamtleistung von der Beschäftigung älterer Arbeiter und Angestellter absehen.

Bei der Auswertung dieser Angaben dürfen wir jedoch nicht übersehen, daß die amerikanischen Verhältnisse nicht ohne weiteres mit den deutschen verglichen werden können. Die Gründe, die für die Einführung der Altersgrenze in amerikanischen Betrieben angeführt werden, treffen nur zu einem Teil für die deutsche Industrie zu. Deshalb hat die Tatsache eine überaus große Bedeutung, daß 70 Prozent der als Vorbild hingestellten hochentwickelten amerikanischen Industrie davon absehen, eine Altersgrenze festzulegen, sondern für die Beurteilung lediglich die ausgeführte Arbeit in Betracht ziehen.

Hansotto Löggow.

## Aus unterm Beruf

München. Am 5. Oktober fand im Rosentalschulhaus die Eröffnung der „Meisterschule für das Deutsche Malerhandwerk“ statt, an der Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, des Handwerks und der Gehilfenschaft teilnahmen. Auch die Meisterschüler waren in großer Zahl anwesend. Herr Stadtschulrat V a i e r begrüßte die Erschienenen namens des Kuratoriums und dankte dem Reichsbund und der Stadt München für die finanzielle, insbesondere aber Herrn Professor Otto Rückert für die sonstige tatkräftige Unterstützung, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, die Schule zu errichten. Herr Landtagsabgeordneter I r l überbrachte die Grüße des Reichsbundes für das deutsche Malerhandwerk. Als Vertreter unseres Verbandes sprach Kollege B a h : Die Eröffnung der Meisterschule ist eine Angelegenheit, die nicht nur die Meister angeht, sondern das gesamte Gewerbe; denn auch die Gehilfen und Lehrlinge hätten ein Interesse an der Weiterentwicklung unseres Gewerbes. Der Bedarf an Malermeistern sei auf Jahre hinaus gedeckt. Die Aufgabe der neuen Schule könne daher nicht darin bestehen, mehr Meister heranzubilden, sondern das Bestreben müsse dahin gehen, qualitativ leistungsfähigere Meister heranzubilden, denen neben größerem praktischen Können und theoretischem Wissen auch zum Bewußtsein gebracht wird, daß das Gesamtergebnis des Gewerbes dem oft kleinsten Egoismus des einzelnen voranzustellen ist. Leider sei das Malergewerbe heute in einer Verfassung, die nicht befriedigen kann. Die herrschende Stillrichtung verdränge den Maler immer mehr. Es ist aber zu hoffen, daß der Tiefpunkt dieser Entwicklung bald überschritten sei und dann wieder Ansprüche an das Malergewerbe gestellt werden, die dem einigermaßen entsprechen, was in den Schulen gelehrt und gelernt wird. Erst dann sei der Zweck der heute errichteten Meisterschule erreicht. Nach einigen weiteren Ansprachen und Dankesworten des Herrn Professors Rückert fand die überaus schlichte Feier ihr Ende.

## Berufsunfälle

Berlin. Einem furchtbaren Berufsunfall fiel der 34jährige Maler Fritz Reinelt zum Opfer. Mit Malerarbeiten in dem Fabrikgebäude Elisabethufer 5/6 beschäftigt, steckte er seinen Kopf durch eine zerbrochene Fensterscheibe in den Lauffach des Fahrstuhles. In demselben Augenblick fuhr ein Lastenfahrstuhl vorüber, der den Kopf des Kollegen buchstäblich zerquetschte. Der Verunglückte ist kurze Zeit nach seiner Ueberführung im Urban-Krankenhaus den Verletzungen erlegen.

## Baugewerbliches

Soziale Bauwirtschaft. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit sind die Kennzeichen unserer heutigen Zeit. Werden alle Kräfte und Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot angewendet, dann wird auch die Arbeitslosigkeit zum allergeringsten Teil gebannt werden. Deshalb sind alle Bestrebungen und Organisationen, die den Wohnungsbau fördern, von höchstem Wert für die Gesundung der Bauwirtschaft. Das haben die Gewerkschaften erkannt und durch die Schaffung der Bauhütten- und Demogbewegung einen erfolgreichen Versuch zur Selbsthilfe gemacht. Das soeben erschienene Heft 19 der Sozialen Bauwirtschaft gibt in der Richtung dieser Gedankengänge wertvolle Anhaltspunkte. Unter Bezugnahme auf die von Eberhard Leipart herausgegebene Lebensbeschreibung Carl Voglers zeigt August Ellinger in großen Linien die praktische Arbeit der freien Gewerkschaften zur Erhaltung und Wahrung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus zur Ueberführung der Bauwirtschaft in die Gemeinwirtschaft. Der in dem Heft enthaltene Bericht über die in jeder Hinsicht gelungene Schweriner Demogtagung legt Zeugnis ab für die hervorragende Arbeit der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft. Dem Bericht folgt ein Aufsatz von Richard Horner über den Bau von wirklichen Volkswohnungen in der Panzerstraße in Karlsruhe. Während Professor Radin in seinem Aufsatz die Wohnungsnot als Grundlage der Wirtschaftskrisen darstellt, weisen die Reformen zwischen den Gebrauchsmöbeln und der Grundbesitzverteilung voranschreitend. Professor Radin hebt mit Recht hervor, daß der planvolle Aufbau des Grundbesitzes aus dem Gebrauchsmöbeln entwickelt werden müsse.

Auf die Unzulänglichkeit des Wohnungsbaues trotz günstiger Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1929 und die sich hieraus bereits im Juni ergebende steigende Arbeitslosenziffer weist ein weiterer Aufsatz von Hans Stoll hin. Es folgt noch ein Bericht über den Deutschen Mietertag in Eisenach von Karl Hermann und eine Zusammenfassung der für den Winterbau unternommenen behördlichen und sonstigen Maßnahmen. Weiter werden einige Angriffe gegen die Bauhüttenbewegung gebührend zurückgewiesen.

Nach der gleichfalls abgedruckten Beschäftigtenstatistik für den Monat August 1929 waren in diesem Monat in 132 berichtenden Betrieben 23 575, im Durchschnitt je Betrieb 179 Arbeiter und Angestellte tätig. Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren in 135 berichtenden Betrieben 22 398, im Durchschnitt je Betrieb 165 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Von der empfehlenswerten Zeitschrift erscheinen monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschaftsmitglieder für den Monat 75  $\text{M}$ , Einzelhefte kosten 90  $\text{M}$ .

## Gewerkschaftliches

### Karl Kautsky 75 Jahre alt.

Den Lehrmeister dreier Generationen und geistigen Führer der politischen, sozialen und kulturellen Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten, nennt Carl Renner in einer soeben im Dieck-Verlag in Berlin erschienenen Schrift den wissenschaftlichen Altmeister der deutschen Arbeiterbewegung Karl Kautsky, der am 16. Oktober sein 75. Lebensjahr vollendet. Die jüngere Generation kennt vielleicht Kautskys Wirken nur aus den letzten Jahren. Sie weiß wohl kaum, daß dieser Mann den demokratischen Sozialismus, der sich noch um die Zeit des Sozialistengesetzes aus den verschiedenartigsten und sich vielfach widersprechenden theoretischen Bestandteilen zusammensetzte, zu einem einheitlichen System gestaltet hat, daß er in treuer Waffenbrüderschaft mit Eduard Bernstein dem Marxismus in dem Jahrzehnt 1880 bis 1890 zum Siege verholfen hat. Theoretisch hat dann Kautsky die Grundsteine zum Sainfelder und Erfurter Programm zusammengetragen. Dem Genossen Kautsky lag der internationale Revolutionär im Blute, und Huß, Kossuth und Garibaldi waren die heroischen Geister, die ihn schon in der Jugend in die großen Kämpfe um die Befreiung der Menschheit einführten. Mit dem Feuer des modernen naturwissenschaftlichen Zeitalters getauft, verdolmetschte Kautsky diesem die Lehren eines Karl Marx. In der „Neuen Zeit“, die Kautsky in den Neunzigern und Anfang des Jahres 1888 gegründet hatte, spiegeln sich in seinen Aufsätzen die theoretischen und faktischen Entwicklungsphasen nicht nur des deutschen, sondern auch des internationalen Proletariats wider. Karl Kautskys Schriften haben das deutsche Proletariat aus den Niederungen seines vorläufigen Daseins emporgehoben zu jener geistigen Art und Kraft, die es befähigen werden, seine große Mission zu erfüllen. Deshalb wollen auch die deutschen Gewerkschaften unter den Glückwünschenden vertreten sein.

### Der neuen gewerkschaftlichen Großorganisation zum Gruß!

Die Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes, des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und des Verbandes der Gärtner trafen nach Abschluß ihrer letzten selbständigen Verbandstage am 9. Oktober zu einer gemeinsamen Tagung zusammen, um die Vereinigung zu einer Großorganisation zu vollziehen. Der neue Verband wird etwa 700 000 Mitglieder zählen und umfaßt neben den Arbeitern der vorgenannten Berufe schon heute mehr als 30 000 Angestellte und Beamte. Er wird den Namen „Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ führen. Vertreter aller in- und ausländischen Bruderorganisationen überbrachten ihre Glückwünsche. Kollege Leipart vom DGB richtete die Mahnung an die Vertreter, den einzelnen Berufsgruppen volle Bewegungsfreiheit zu lassen. Auch der Großverband müsse alle Kräfte zusammenfassen, um getreu der Ueberlieferung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Rahmen der Gesamtorganisationen an der sozialen und wirtschaftlichen Fortentwicklung mitzuarbeiten. Am 1. Januar wird sich auch der Verband Deutscher Feuerwehrmänner anschließen. Es entsteht hier ein Gebilde von gigantischen Dimensionen, das ein gewaltiges Machtzentrum darstellt. Der neue Verband wird sein Domizil im neuerrichteten Verwaltungsgebäude des bisherigen Verkehrsbundes in Berlin aufschlagen, während Hamburg als Sitz des Verbandsausschusses bestimmt wurde.

### Der Verbandstag der Holzarbeiter.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt seinen diesjährigen Verbandstag Ende September in Bremen ab. Sowohl die gedruckten Vorlagen als auch die mündlichen Berichte des Vorstandes offenbarten eine günstige Entwicklung des Verbandes. Der Holzarbeiterverband hatte in den verflochtenen Jahren mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu rechnen als die meisten Gewerkschaften. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl in den Jahren 1927 und 1928 um 35 000 auf 313 544. In diesem Jahr hat diese günstige Entwicklung weiter angehalten, so daß Anfang September 320 000 Mitglieder vorhanden waren. Sehr günstig hat sich die Einführung der Invalidenunterstützung ausgewirkt. Eine gleichgültige Entwicklung zeigen die Kassenverhältnisse. Die Hauptkasse hat in den zwei Berichtsjahren eine Einnahme von rund 19 Millionen gehabt. Davon entfielen 17,8 Millionen aus Beiträgen, 334 000  $\text{M}$  aus Einnahmen für die Invalidenunterstützung, 83 000  $\text{M}$  aus Beitragsgeldern und 724 000  $\text{M}$  sonstige Einnahmen. Die Gesamtausgaben betragen 11,4 Millionen. Davon erforderten die Unterstützungen allein 8,2 Millionen. Für Streiks- und Lohnbewegungen wurden 3,1 und für die Arbeitslosenunterstützung 3,2 Millionen Mark ausgegeben. Das Verbandsvermögen stieg auf 10,5 Millionen Mark.

Die Lohnsummenbewegungen waren im Holzgewerbe außerordentlich hartnäckig, aber letzten Endes von guten Erfolgen. Von April 1927 bis April 1928 konnten die Löhne um 12,5 bis 15,3 % gesteigert werden. Da der Index für Lebenshaltungskosten in jener Zeit nur um 4,1 stieg, ist eine teilweise Ueberschreitung der Vorkriegsreallohn festzustellen. Der Lehrlingsbewegung hat sich der Holzarbeiterverband mit großer Wärme angenommen. Davon zeugte auch eine Ausstellung, die im Bremer Volkshaus während der Tagung veranstaltet wurde. Die „Holzarbeiterjugend“ hat eine Auflage von 27 000. Für Bildungszwecke wurden ebenfalls große Aufwendungen gemacht. Von den Verhandlungsgegenständen des Bremer Verbandstages ist ein Referat des Verbandsvorsitzenden Tarnow über Tariffragen und Probleme der Rationalisierung hervorzuheben. Tarnow arbeitete in der bekannten Gründlichkeit das Gesamtproblem scharf heraus und ging vor allem auf die Rationalisierung in der Holzindustrie ein. Der Verband hatte Erhebungen veranstaltet, die in überzeugender Weise zeigten, daß auch die Holzindustrie einer gründlichen Umstellung unterworfen wurde. Entschleunigungen wurden zur Arbeitslosenversicherung, zur Lehrlingsfrage und zum Rationalisierungsproblem angenommen. Der Verbandstag nahm einen harmonischen Verlauf. Von den 200 Delegierten konnten nur ungefähr 8 bis 10 zur sogenannten oppositionellen Richtung gezählt werden. Der Vorstand wurde gegen 3 Stimmen wiedergewählt. Der Verbandsvorsitzende stellte in seiner Schlussansprache fest, daß der diesjährige Verbandstag eine Manifestation der Einmütigkeit und Geschlossenheit gewesen sei. Jeder Zuhörer konnte dies bestätigen. Zu erwähnen ist noch, daß dem Vorstand die Ermächtigung erteilt wurde, zum Bau eines neuen Verbandshauses zu schreiben, wenn die dringende Ergänzung des Hauptvorstandes durch die Kammer weiter behindert sein sollte.

## Genossenschaftliches

### Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

Frühzeitig hatten die deutschen Gewerkschaften die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften erkannt. Nicht nur als Organisationen zur Konzentration der Kaufkraft der Verbrauchermassen im allgemeinen, sondern in noch höherem Maße wegen der in dieser Tatsache ohne weiteres in die Erscheinung tretenden Erhöhung und Sicherung des Realeinkommens der gewerkschaftlich organisierten Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bildet doch diese genossenschaftliche Sicherung des von den Gewerkschaften durch Tarif- und Lohnvereinbarungen allmählich erhöhten Realeinkommens ganz einfach eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Tarifaktionen. Denn: abgesehen von der Erhöhung der Kaufkraft des Einkommens an sich, die jedem Mitglied einer Konsumgenossenschaft durch die aus Großkauf und Ersparnis an Unkosten entstehende Rückvergütung zugute kommt, bildet die Konsumgenossenschaft durch Regulierung der Warenpreise eine Sicherung dagegen, daß durch die willkürliche Erhöhung derselben die Errungenschaften der Gewerkschaften in höheren Löhnen wieder verlorengehen. Eine sozusagen amtliche Befestigung der beiden Tatsachen — Erhöhung der Kaufkraft und Sicherung des Realeinkommens — bildet die zur Reichskanzlerzeit Dr. Luthers von ihm einer Beamtendelegation gegenüber gemachte Empfehlung der Konsumgenossenschaften als Einkaufsorganisation zur Erhöhung des Lebensstandards, da zur Zeit dem Reiche die Mittel zur Erhöhung der Beamtengehälter fehlten. Auch die Tatsache, daß bei Erhöhung der Beamtengehälter in Vor- und Nachkriegszeiten Miet- und Warenpreise automatisch „anzogen“, zeigt den Gewerkschaftsmitgliedern im besonderen die große wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterorganisationen.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Gewerkschaften in erhöhtem Maße die Förderung und Stärkung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in ihr Programm aufgenommen haben, nachdem sie selbst, über ihre früheren Aufgaben hinauswachsend, das Problem „Wirtschaftsdemokratie“ zu meistern trachten.

Umgekehrt wissen auch die Konsumgenossenschaften die in einer starken Gewerkschaftsbewegung wurzelnden Wirtschaftskräfte und ihren organisatorischen Einfluß auf die Gesetzgebung in vollem Umfange zu würdigen. Die Arbeitermassen als Verbraucher bilden die breite Grundlage der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die die organisierte Warenversorgung mit der daraus sich entwickelnden genossenschaftlichen Eigenproduktion zum Ziele hat. Aber weiterhin: der große politische Einfluß der Gewerkschaften im Reichstag und bei den Regierungen des Reiches und der Länder kommt, je länger um so mehr auch den Konsumgenossenschaften zugute, für die infolge genossenschaftsrechtlicher Bestimmungen und ihrer Mitgliederstruktur jede politische Betätigung „heiße Eisen“ ist. Zur politischen Passivität gezwungen, sind sie darauf angewiesen, den politischen Einfluß der Gewerkschaften zu beanspruchen, wenn ihrer Weiterentwicklung durch die Gesetzgebung und steuerliche Rechtsprechung Gefahr droht. Daß die Sozialdemokratie als einzige politische Partei den „Belangen“ der Konsumgenossenschaften aus Prinzip und vorbehaltlos Rechnung trägt, braucht als selbstverständlich kaum erwähnt zu werden.

So ist es denn kein Wunder, daß sich zwischen den Gewerkschaften mit ihren 5 Millionen Mitgliedern und den Konsumgenossenschaften mit ihren 3 1/2 Millionen Mitgliederfamilien eine Interessengemeinschaft herausgebildet hat, die aber nicht nur im rein Wirtschaftlichen, sondern auch im Ideellen wurzelt. Die Zusammenarbeit der beiden größten Wirtschaftsorganisationen, die sich automatisch aus ihrem Wesen ergibt und gegenseitige Ergänzung bedeutet, zeigt sich auch initiativ in der Errichtung des gemeinsamen Hamburger Versicherungsunternehmens „Volkshilfe“.

# Kein Berufstätiger darf dem Verbands fernbleiben!

Im ganzen bilden Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zwei starke Wirtschaftsorganisationen, die im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Aufgaben und Interessen bestimmenden Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft gewinnen werden. Zum Nutzen des Volksganzen.

## Sozialpolitisches

### Das Anwachsen des geistigen Proletariats.

Die Bildungsinflation feiert in der Nachkriegszeit wahre Orgien. Ein riesiger Aufwand an Zeit und Geld wird nutzlos ohne entsprechenden volkswirtschaftlichen Gewinn vertan. Ueber diese unerfreuliche Erscheinung berichtet ein akademischer Berufsberater beim Arbeitsamt Frankfurt a. M. in Heft 27 des „Reichsarbeitsblatt“. Er wendet sich gegen den unnatürlichen Glauben an den Berechtigungscharakter und gegen die Ueberforderung der Bedeutung des schulmäßigen Wissens. Die Folge ist ein gewaltiger Ueberschuß von Akademikern auf allen Gebieten. Die Akademiker hätten außergewöhnliche Schwierigkeiten, in der Praxis unterzukommen. Das führt der Verfasser auf zwei Gründe zurück: 1. auf die allgemein zu beobachtende Ueberfüllung aller Berufe und 2. auf die vielfach mangelhafte Schulung des Anwärters für die praktischen Erfordernisse seines zukünftigen Berufes. Zusammenfassend wird die Ueberleitung ungeeigneter Studierender nach den folgenden Gesichtspunkten beurteilt:

„Die ständig gestiegene Frequenz in den höheren Schulen und das damit verbundene immer stärkere Eindringen von ungeeignetem Nachwuchs in die Hochschulen hat eine weitere arbeitsmarktpolitische Folge. Die Hochschulen versuchen, eine verschärfte Auslese durch das Anziehen der Examensschraube herbeizuführen, und die Zahl der Examensschiffbrüchigen ist daher ständig im Wachsen. Daraus ergibt sich für die akademische Berufsberatung und Stellenermittlung ein drittes Problem: Die Ueberleitung der für ein Studium ungeeigneten Personen in nichtakademische Berufe. Die Unterbringung, selbst wenn der Betreffende bereit ist, ein volles Lehrverhältnis einzugehen, gestaltet sich außerordentlich schwierig, da die meisten Firmen ausgesprochenes Mißtrauen gegen Akademiker hegen, die ihr Studium abgebrochen haben; sie sind allzu leicht geneigt, diese auch für praktische Berufe ungeeignet zu halten. Zudem glauben viele, von dem jungen Akademiker ein mangelndes Unterordnungsgefühl befehlen zu müssen. Unter dem Druck der Verhältnisse wenden sich dann viele Akademiker dem Gelegenheitsverdienst oder dem Beruf des Provisionsreisenden zu und verlieren bald jeden Anschluß an ein geregelteres Berufsverhältnis. Zahllose Arbeitskräfte, die an die richtige Stelle gesetzt noch wertvolle Arbeitskräfte wären, gehen so dem Arbeitsmarkt völlig verloren. Hier finden wir geistiges Proletariat im wahrsten Sinne, und es wird der Zusammenfassung aller beteiligten Kreise bedürfen, um hier dem Staatsleben drohende Gefahren abzuwenden.“

In der Tat wird hier auf ein Problem hingewiesen, das schwere Gefahren in sich birgt. Letzten Endes konnte diese Entwicklung derartig um sich greifen, weil die Handarbeit so äußerst niedrig bewertet wird. Viele fühlen sich zu etwas Höherem geboren mit dem Resultat, daß sie dem rauhen Leben hilflos gegenüberstehen.

### Auf 50 deutsche Einwohner ein Kraftfahrzeug.

Die Kraftwagenanzahl am 1. Juli dieses Jahres hat ergeben, daß in Deutschland 1,18 Millionen Kraftfahrzeuge vorhanden sind. Nach einer Aufstellung, die aber den Kraftwagenpark der Reichspost und der Reichswehr, auch die Zugmaschinen und Spezialfahrzeuge, die zusammen mindestens auf einige tausend zu schätzen sind, noch gar nicht erfasst, betrug der Kraftfahrzeugbestand

am 1. Juli des Jahres	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	Motorräder
1927	267 800	101 000	339 200
1928	351 300	121 600	438 400
1929	432 500	141 600	606 400

Kraftfahrzeuge insgesamt (ohne Zugmaschinen und Spezialfahrzeuge)	
1927	708 000
1928	911 300
1929	1 180 500

Gegenüber dem Vorjahre wurde eine Steigerung von 289 000 oder um 29,5 % an Kraftfahrzeugen festgestellt. Die Personenkraftwagen erfuhren im letzten Jahre eine Steigerung von 81 200 oder um 23 %. Die stärkste Steigerung war bei der Gruppe Motorräder erkennbar. Die Kleinkraftfahrzeuge erfuhren sogar eine Verdoppelung. Die schweren Motorkraftfahrzeuge nahmen nur in geringerem Umfang zu, weil die Kleinautos hier eine fähigere Konkurrenz darstellen. Der Absatz der Kraftwagenindustrie war nach zuverlässigen Berichten in den Sommermonaten sehr stark; man darf also annehmen, daß gegenwärtig bereits über 1,25 Millionen Kraftfahrzeuge in Deutschland in Gebrauch sind. Kam am 1. Juli auf jeden 56. Einwohner eines, darf jetzt für jeden 50. Deutschen ein Kraftfahrzeug angenommen werden. Damit folgt Deutschland langsam der Entwicklung des Kraftverkehrs in den übrigen Industriestaaten. Im Jahre 1914 entfielen erst auf jeden 700., 1926 auf jeden 109. und Mitte 1928 auf jeden 69. Einwohner ein Kraftfahrzeug. Die Motorisierung des deutschen Verkehrs ist in rapidem Steigen begriffen.

Die Arbeitsdienstplicht ein volkswirtschaftlicher Unfug. Die Einführung der Arbeitsdienstplicht auf die Dauer von ungefähr zwei Jahren wird seit langem eifrig propagiert. Man will dadurch einen gewissen Ersatz für die frühere Militärdienstpflicht schaffen. Im Heft 38 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ wird nachgewiesen, daß dieses System für Deutschland untragbar sei. Hingewiesen wird auf Bulgarien, wo die Dienstplicht vollständig versagt habe. Außenpolitisch dürften Deutschland dadurch neue Schwierig-

### Heute noch heißt es beginnen.

Immer wieder haben den Wind und den reißenden Strom wir bezwungen; wo immer nur Feinde und Gegner sind, da stehen wir Jungen.

Wir haben begonnen, die Not und das Leid und das Elend zur Erde zu zwingen, und ist auch die Welt voller Feigheit und Neid, wir wissen, das Werk wird gelingen.

Denn wir sind die Jungen, und Jungsein ist Kraft, und in uns ist Mut und Vertrauen und das Wissen darum, wer das Heute nicht schafft, wird auch das Morgen nicht bauen.

Und bringt jeder Tag auch nur einen Schritt uns weiter dem Ziele entgegen, und nimmt jeder auch nur einen mit, der abseits stand an den Wegen,

es wird doch mit jedem einzigen Mann leichter für jeden zu streifen, und jeder Schritt bringt uns näher heran an die kommenden, besseren Zeiten.

### Vorwärts darum mit geschwelliger Brust:

heute noch heißt es beginnen, wir haben nicht Zeit zu vergehender Luft, denn es gilt, eine Ewigkeit zu gewinnen!

Erich Orskar.

keiten erwachsen. Ferner würde es an dem Führermaterial, an Vorarbeitern, technischen Angestellten und Vorgesetzten fehlen. „Die Durchführung der Arbeitsdienstplicht würde volkswirtschaftlich betrachtet ein weiterer Schritt auf dem Wege der Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch das sozialistische bedeuten.“ Die Durchführung der Arbeitsdienstplicht würde ältere Arbeiter zugunsten jugendlicher brotlos machen. Des ferneren würde die mit der Arbeitsdienstplicht dem Staate angebotene Arbeitskraft außerordentlich teuer sein. Und schließlich würde der Nachwuchs dadurch der Wirtschaft völlig entzogen. Diese und ähnliche Gedanken werden den Verantwortlichen dieses Systems entgegengehalten. Wir haben dem kaum etwas hinzuzufügen. Die Arbeitsdienstplicht ist in der Tat ein volkswirtschaftlicher Unfug. Solche Gedanken können nur bei Leuten entstehen, die eine Verklammerung des Volkes beabsichtigen und sich Heloten heranzüchten wollen. Es hat einen gewissen Reiz, daß ausgerechnet in „Ruhr und Rhein“ diese Wahrheiten ausgesprochen werden.

## Arbeiterversicherung

Von welchem Zeitpunkt an ist Altersinvalidenrente zu zahlen? Ein am 25. März 1928 65 Jahre alt gewordener Arbeiter hatte bis zum 24. August desselben Jahres in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden. Einige Tage später beantragte er die Gewährung der Altersinvalidenrente, die ihm auch vom 1. August 1928 an zugesprochen wurde. Der Arbeiter war damit nicht einverstanden, vielmehr verlangte er die Rente bereits vom 1. März 1928 an, was ihm jedoch mit der Begründung verweigert wurde, er habe seinen Antrag erst im August gestellt und habe auch bis in den August hinein gearbeitet und Beiträge entrichtet, die ihm bei der Invalidisierung in Gestalt einer höheren Rente zugute gekommen seien.

Indessen hat das Reichsversicherungsamt dem Verlangen des Arbeiters entsprochen. Nach § 1256 der Reichsversicherungsordnung beginne die Invalidenrente mit dem ersten Tage des Monats, in dem der Versicherte sein 65. Lebensjahr vollendet. Da der Kläger am 25. März 1928 65 Jahre alt geworden ist, so hat er vom 1. März an Anspruch auf die Rente. Dem steht nicht entgegen, daß der Kläger noch über den 25. März 1928 hinaus in Beschäftigung gestanden und Versicherungsbeiträge entrichtet hat. Diese Beiträge sind zwar an sich rechtswirksam entrichtet worden; denn ein Versicherter, der das 65. Lebensjahr vollendet hat, scheidet damit noch nicht ohne weiteres, wie beim Eintritt dauernder Invalidität, aus der Versicherung aus, er unterliegt vielmehr, solange er noch nicht invalide ist, weiter der Versicherungspflicht und ist auch zur freiwilligen Entrichtung von Beiträgen berechtigt. Erst der Bezug von Altersinvalidenrente hat den Eintritt der Versicherungsfreiheit zur Folge. Die für Zeiten nach der Vollendung des 65. Lebensjahres entrichteten Beiträge sind daher nicht unbedingt gültig, ihre Gültigkeit hängt vielmehr von der Bedingung ab, daß nicht nachträglich für die Zeit, für die Beiträge verwendet wurden, die Altersinvalidenrente bewilligt wird. Mit der Bewilligung dieser Rente werden die Beiträge, die für Zeiten seit dem Tage geleistet wurden, von dem an die Altersinvalidenrente bewilligt worden ist, unwirksam und sind auf Antrag zurückzuerstatten. (Reichsversicherungsamt, IIa. Rn. 66.29.) Nachdruck verboten.

## Aus den Arbeitsgerichten

Dürfen Krankentage auf den Urlaub angerechnet werden?

Für den klagenden Werkmeister sind die Bestimmungen eines Tarifvertrages maßgebend, in dem u. a. vorgeschrieben wird, daß der Arbeitgeber in Krankheitsfällen dem Werkmeister das Einkommen für 6 Wochen ohne

Abzug des Krankengeldes zu gewähren hat. Ausdrücklich befragt ferner eine weitere Bestimmung des Tarifvertrages, daß eine Anrechnung von Krankentagen auf den Urlaub nicht erfolgen darf.

Dem erwähnten Werkmeister war nun zum 30. Juni gekündigt worden unter gleichzeitiger Gewährung eines Urlaubs für die Zeit vom 21. bis 30. Juni. Nun erkrankte der Werkmeister aber am 15. Juni, und seine Krankheit dauerte bis zum 30. Juni. Er verlangte daher im Klagewege Abgeltung von acht Urlaubstagen in Geld, die der Arbeitgeber unter den gegebenen Verhältnissen verweigerte.

Ebenso wie das Landesarbeitsgericht Berlin, hat jedoch das Reichsarbeitsgericht den Anspruch des Werkmeisters als berechtigt anerkannt. Die in Frage kommende Vorschrift des Tarifvertrages verbiete jede Anrechnung von Krankentagen auf den Urlaub; sie gilt also auch für den Fall, daß der Arbeitnehmer vor Beginn des Urlaubs erkrankt und daher nicht imstande ist, den Urlaub in Natur auszunutzen. Nicht zur Entscheidung steht hier, wie es zu beurteilen wäre, wenn der Arbeitnehmer erst nach Beginn des Urlaubs erkrankt. Nach dem Tarifvertrag hat ja der Arbeitgeber die Gefahr einer Erkrankung des Arbeitnehmers bis zu sechs Wochen und daneben noch die Pflicht zur Gewährung einer Urlaubsvergütung in Geld vertragsmäßig übernommen. Gegen den von dem Kläger geltend gemachten Anspruch lassen sich sonach keine berechtigten Einwendungen erheben. (Reichsarbeitsgericht, 630.28.) Nachdruck verboten.

## Vom Ausland

### Die internationale Federation der Maler.

Nach dem Statut der IFM. tritt der Ausschuss alljährlich einmal zusammen, um den Bericht des Sekretärs entgegenzunehmen und allgemeine wichtige Fragen zu beraten. Da für dieses Jahr der holländische Bruderverband seinen Verbandstag vom 28. bis 26. September 1929 festgelegt hatte, berief der internationale Sekretär, Kollege Streine, die Ausschusssitzung zum Sonntag, 22. September, nach Amsterdam ein. Die vom Kopenhagener Kongress bestimmten vier Länder: Dänemark, England, Holland und Oesterreich, die je einen Vertreter zum Ausschuss zu delegieren haben, entsandten die Kollegen Poulsen, Gibson, Lansink und Hompas; vom Sekretariat waren anwesend die Kollegen Streine und Mark, ferner als Gast Kollege Batz vom deutschen Malerverband und Kollege Sassenbach vom IGB. in Amsterdam.

Nach Eröffnung der Sitzung gedenkt Kollege Streine vorerst des langjährigen Mitgliedes im Sekretariat, Kollegen Heirich, der zu früh durch Tod uns entrissen wurde. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von den Plätzen. — Der Jahresbericht für 1928 liegt gedruckt vor; der Redner ergänzte ihn noch in einigen wichtigen Punkten, besonders in bezug auf die Beschlüsse der Jubiläumstagung in Kopenhagen und die allgemeine Geschäftslage. Der Schottische Malerverband, mit dem das Sekretariat seit längerer Zeit in Verbindung steht, ist mit 7000 Mitgliedern unserer Internationale beigetreten. Mit Belgien werden in diesen Tagen noch Verhandlungen geführt. Auch mit Jugoslawien bestehen Verbindungen. Recht unbefriedigend sei die Situation in Frankreich, wo die grosse Zersplitterung der Arbeiterschaft viel dazu beitrage, dass der Organisationsgedanke zu wenig Fuss fassende.

Des näheren ging der Kollege Streine auf die Ergebnisse der letzten Jahresstatistik ein, die bekanntlich regelmäßig erhoben wird. Sie umfasst die gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den dem Sekretariat angeschlossenen Bruderverbänden und Sektionen. Auch eine Reihe anderer wichtiger Berufszweige, wie die Lehrungsverhältnisse, Ferien, Lohnbewegungen, Arbeiterschutz und dergleichen werden in der Statistik erfasst und bearbeitet. Ob die statistischen Arbeiten im gleichen Sinne weitergeführt, oder ob sie erweitert werden sollen, könne in der Aussprache besonders betont werden. — Ueber die Kassenverhältnisse orientierte der gedruckte Kassenbericht. Mit dem Hinweis auf die gegenwärtigen Lohnkämpfe in der Schweiz und auf die Erfolge unserer Kollegen in New York, denen nummehr in der 40-Stunden-Woche nach Verlauf mehrerer Jahre auch die Bauhandwerker bei gleichem Lohn wie bisher gefolgt sind, schloss der Sekretär seinen mit Beifall aufgenommenen Bericht.

In der nun folgenden anregenden Aussprache gaben die einzelnen Landesvertreter eine gedrängte Uebersicht über den gegenwärtigen Stand ihrer Organisation, über die Unterstützungseinrichtungen, die Tariffragen, Ferien und Lehrlingsfragen, den Gesundheitsschutz, Arbeitsbeschaffung in den Wintermonaten und deren Verteilung, die Arbeitslosenfrage, das Spritzverfahren u. a. m.

Kollege Streine ergänzte die Berichte noch in bezug auf den Stand der Gesundheitsverhältnisse. Die Ratifizierung des Genfer Abkommens liege in unserm vollen Interesse. 15 Staaten haben es ratifiziert; nur einige größere Staaten bringen immer neue Schwierigkeiten. Hoffentlich komme durch die jetzige englische Regierung auch dort die Frage wieder besser in Fluss. Er streift noch die Gefahren der Spritztechnik, besonders das Spritzen mit Bleifarben, das unbedingt verboten werden müsse.

Ein weiterer Ausbau der Statistik wurde dem Sekretariat anheimgestellt. Dabei sollen die Gesundheits- und Unfallgefahren der Kollegen ganz besonders erforscht und zum Gegenstand gesetzlicher Massnahmen gemacht werden, mögen die Unternehmer auch noch so sehr dagegen ankämpfen. — Irgendwelche Monitas an der Tätigkeit des Sekretärs wurden nicht erhoben, vielmehr erklärten sich alle Redner mit der geleisteten Arbeit einverstanden. Den Tagungsort für die nächste Ausschusssitzung im Jahre 1930 soll das Sekretariat festsetzen, dem auch alle

notwendigen Vorarbeiten zu den Tagesordnungspunkten überbringen sind.

Durch den Tod des bisherigen Sekretariatsmitgliedes Reich machte sich die Neuwahl eines neuen Mitgliedes notwendig. Hierzu wurde einstimmig der Kollege Ringel, Hauptkassierer des deutschen Malerverbandes, bestimmt.

Mit Worten des Dankes an die Kollegen für ihre gute Mitarbeit schloss Kollege Streine die Sitzung.

Verchiedenes

Durchschnittliche Bewohnerzahlen in den Großstadthäusern.

Interessante Aufschlüsse über die Zahl der Einwohner in den Häusern der einzelnen Großstädte, zugleich einen Ueberblick über die vorherrschende Bauart, ob Mietskasernen, Ein- oder Mehrfamilienhaus, Flach- oder Hochbauweise, geben nachstehende Zahlen. In der Spitze steht Berlin mit seinen Hinterhäusern, Hof- und Quergebäuden mit durchschnittlich 76 Einwohnern in jedem Haus. Es folgen dann Breslau mit 52 und Hamburg mit 39 Einwohnern, woraus ohne weiteres Schlüsse auf die herrschende Wohnungsnot gezogen werden können. In der Reihenfolge kommen dann ausländische Städte, und zwar Paris mit 38 und Kopenhagen mit 26 Einwohnern im Durchschnitt. Neuyork und Köln sind mit 15 Einwohnern pro Haus gleich. Amsterdam hat 13, Brüssel 9, London und Bremen haben je 8 und das englische Manchester, übrigens eine recht bedeutende Industriestadt, hat im Durchschnitt 5 Einwohner in jedem Hause. Die deutschen Großstädte benötigen dringend des Ausbaues des Nebwerkes, der Anlage von Schnellbahnen usw., um durch Hinausverlegung der Wohnquartiere ebenfalls zu günstigeren Wohnverhältnissen und vor allem zur Beseitigung der Wohnungsnot zu kommen.

Deutschlands größte Erfindungs-Ausstellung.

Die große Selbstschutzorganisation der deutschen Erfinderschaft auf gemeinnütziger Basis, das Deutsche Erfindershaus e. V. in Hamburg, wird ihre Erfindungs-Ausstellung in der nächsten Zeit in großzügiger Weise ausbauen, so daß diese Messe zu einer einzigartigen Zentralstelle der deutschen Erfindungswesen wird. Die Ausstellungsräume werden nach erfolgtem Erweiterungsbau 500 qm groß werden, Tausende von Erfindungen aus allen Gebieten werden für die in- und ausländischen Interessenten ständig zur Schau stehen. Hamburg als größtes Ausfallort Deutschlands zur übrigen Welt ist als Zentralplatz für die Erfindungsexportierung prädestiniert. Die große Erfindungs-Ausstellung des Erfindershauses, hinter der Tausende von Erfindern aus allen Teilen Deutschlands stehen, wird diese Zentralstellung noch erhöhen und zugleich im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zur Verbesserung der Lage der Erfinderschaft beitragen.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Aushänfte bereitwilligt.

Angemeldetes Patent.

Klasse 42 b. F. 63331. Anordnung zur Messung von Helligkeiten. Abstrahlungskoeffizienten, Farbthesen und dergleichen. Karl F. Felig, Graßhartenbau, Amtshaus Beuthen, und Dr. Hermann Wanderscheck, Dresden-Nord 6, Waldschlösschen 10.

Gebrauchsmuster.

Klasse 75 c. 1089 674. Pinselabstreichvorrichtung mit Pinselklemme für Malergefäße. Paul Dresler, Bochum, 3 Hoffede, Dorstener Straße 336.

Klasse 75 c. 1089 681. Zeräubungs- und Sprühapparat mit Treibpumpen für Farben, Lacke und dergleichen. Werkzeug- und Maschinenfabrik (Wum) G. m. b. H., Bielefeld, Langenbagen 18 d.

Klasse 75 c. 1089 662. Klein-Turbokompressor mit Unterbau zur Delabcheidung für Farbspritz-Preßluft. Hermine Puschmann, Eßlingen a. N., Kanalstraße 19, und Sophie Stammer, Stuttgart, Carlplatz 1.

Klasse 75 c. 1089 631. Bronze- und Tinktur-Behälter, Standard-Bronze, Farbenwerke Carl Eckardt, Fürtth i. B., Markstraße 12.

Klasse 75 c. 1089 201. Behälter für Linienbeschlagshüte. Carl Hertner, Plan b. Marienbad, Tscheschowlawkei.

Bindemittel für Qualitätsarbeiten.

Von dem Kollegen Fr. Sch. in Karlsruhe wurde bei uns angefragt, welche Erfahrungen über Cirine-Bindemittel vorliegen. Eine Kundenschaft, die vor einiger Zeit aus Norddeutschland zugezogen ist, wäre geradezu darauf verfallen, die Arbeiten in der vor etwa fünf Jahren errichteten Villa mit Cirinekleber ansitzbar zu lassen und befürchte darauf, daß sich Decken und Wände, die mit Oelfarbe gestrichen seien, während einer Anstrich mit diesem Material erhalten sollen. Wenn solche rein technischen Fragen auch auf dem Gebiete dieses Fachblattes der Maler liegen und Kollege Sch. das sehr wohl weiß, da er sich durch Vorlage der Fachliteratur als Fachblattbezieher ausweist, soll die Frage doch von uns beantwortet werden; es dauert immerhin noch drei Wochen, bis die nächste Nummer des "Maler" herauskommt, und wir wollen nicht die Schuld an uns nehmen, daß Kollege Sch., der in seiner ausgezeichneten Gewissenhaftigkeit ein "gewagtes Experiment" darin sah, ohne genauere Kenntnis eines als erstklassige Qualitätsarbeit zu bezeichnenden Anstrich mit einem neuen Material anzusetzen, das er nicht kennt, jetzt vor Beginn des Winters seine Arbeit verliert!

Und jetzt ist nun Cirine-Wachstein K. (kaltwasserfest) kein gerade neues Bindemittel und es hat sich, wie wir aus der Erfahrung bestätigen können, ganz bewährt bewährt. Die Verarbeitung ist genau so wie bei dem anderen Baum, es sei denn, daß bei der Erziehbildung des Bindemittels besondere Verwendung angedacht er-

scheint. Die Anstriche geben einen festen Grund, auf dem beliebig weiter gearbeitet werden kann, ohne daß sich die mit Recht so verpönten Wassertänder bilden. Der Wachgehalt ermöglicht, daß durch Trockenbürsten wirkungsvolle Spiegelungseffekte erzielt werden können und er verhindert ein späteres Verfaulen des Bindemittels, wie man es bei andern Leim vielfach in Küchen oder Räumen beobachten kann, in denen sich Wasserdampf auf Decken und Wänden niederschlägt. Vorbedingung ist allerdings gründliche Beseitigung aller Farbreste und trockener Fußgrund. Eine Verwendung auf allem Oelfarbengrund ist durchaus möglich. Wenn die Kundenschaft aber wirklich so große Anforderungen stellt, dann muß man ihr eben klar machen versuchen, daß die Verarbeitung von wasserlöslichen Bindemitteln auf Oelfarbengrund doch immer nur Notbehelf sein sollte. Im übrigen bringt die Cirinefabrik seit einiger Zeit ein Bindemittel "Cirino-Matt" in den Handel, das alle Bedingungen eines Oelfarbenanstriches erfüllt und vermutlich vom Auftraggeber gemeint ist. Mit Ausnahme von Kreide können alle sonst in Leimfarbe zu verwendenden Farbstoffe damit gebunden werden. Man kann die Farbe mit der Bürste streichen und auf alten Oelfarbenflächen genügt ein Anstrich, wenn man nur die übrigens ganz beträchtliche Deckfähigkeit der Cirinomattfarbe berücksichtigt. Auf neuem porösen Fußgrund, auf Holz usw. ist Oelfarbengrundierung notwendig, die zweckmäßig auf den gewünschten Farbton abzustimmen ist. Flott gestrichen und sofort gestupft, erhält man eine je nach dem Quantum zugesetzten Oelfirnisses eine mehr oder weniger matte Fläche, die sogar abgewaschen werden kann.

Es gibt natürlich auch andere Qualitätsbindemittel. Wir haben uns auf Cirinefabrikate beschränkt, da sich die Anfrage nur auf diese bezieht. Eine in der Eile bei andern Kollegen vorgenommene Umfrage bestätigt unsere eigenen Erfahrungen. Bezugsquellen mitzuteilen, müssen wir ablehnen. Wenn Kollege Sch. schreibt, daß er schon schlechte Erfahrungen mit dem Eigeninn gewisser Auftraggeber gemacht hat, die sich auf ein Material verfeisten, das durch übertriebene Reklame angepriesen wurde, aber dann verjagte, so trifft das bei diesem Material bestimmt nicht zu.

Literarisches

A. Lowitsch: Energie-Planwirtschaft und Sozialismus. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Brochüre 1,50 M., in Ganzleinen 2 M., Vorzugsausgabe 2,50 M. Dieses Buch, die vierte Ausgabe zu der futurpolitischen Monatschrift über Natur und Gesellschaft, "Urania", weilt in treffender Weise nach, wie unter dem Kapitalismus die Energiewirtschaft vorwiegend auf dem Raubbau an den Brennstoffvorräten beruht, und daß erst die sozialistische Gesellschaft der Menschheit gestatten wird, die gegenwärtige Sonnen-Energie hauptsächlich in Wärmeabstrahlung, Wasserkraft und Wind zu anreichernder Energie-Versorgung zu benutzen. Niemand kann an der Frage, wie die natürlichen Energien zum Besten der Menschheit planmäßig ausgenutzt werden können, vorübergehen. Der Text ist leichtfaßlich geschrieben und wird durch eine große Anzahl sinnvoller Bilder und Tabellen erläutert. Diese Buchbeilage kann ebenso wie die bereits erschienenen 19 andern einzeln bezogen werden. Probehefte der "Urania" sind in allen Buchhandlungen erhältlich; sie werden auch vom Verlag geliefert. Abonnementspreise: Ausgabe A 1,60 M., Ausgabe B 2,25 M., Ausgabe C 3 M. pro Vierteljahr. Im Bande der roten Nacht. Ein sowjetrussischer Bilderbogen von Dr. Bruno Frei. Herausgegeben vom Bunde der Freunde der Sozialunion im "Neuen deutschen Verlag", Berlin W. 8. Der Zeitschrift hat im Sommer 1928 seinen vierwöchigen Urlaub benutzt zu einer Reise nach Rußland. Er hat nun die beiden Städte Moskau und Leningrad und Umgebung besucht und gibt in dem Bändlein die Aufzeichnungen einiger Reiseeindrücke vom Standpunkt eines Sozialisten wieder, die darin ausfließen, daß die proletarische Diktatur sich zur sozialistischen Demokratie weiterentwickeln möge.

Serbis und Jahreswende (Feste der Arbeiter, Heft 7), 52 Seiten. Preis 1 M. Verlag E. Altenberger, Waldenburg-Altmühl i. Schlei., Ziegenweg 23. Jede Jahreszeit hat seine besonderen Schönheiten und gibt Anlaß zu eigenen Stimmungen und Erlebnissen. Die Auswahl nimmt in diesem neuen Heft darauf Rücksicht, in Form von Gedichten, Betrachtungen und Erzählungen, und gibt vielseitige Anregungen in vollstimmiger Art und in sozialistischem Geiste.

Ratgeber für die öffentliche Fürsorge. Von Friedrich Kleis, 5. Auflage, 16 bis 18. Tausend, 48 Seiten. Verlag Friedrich A. Bordel, Leipzig C 1, Königstraße 26 B. Einzelpreis 70 S. bei Partischebestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Die Schrift erfüllt das dringende Bedürfnis der Praxis nach einer allgemeinverständlichen Einführung. Am Hand sind überall die einschlägigen Paragraphen der Verordnung über die Fürsorgepflicht, der Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge usw. angegeben, so daß das Bändlein auch dem Praktiker als Grundlage für ein Quellenstudium ausgedient die Dienste leisten wird. Allen ehrenamtlich in der öffentlichen Fürsorge oder in der freien Wohlfahrtspflege tätigen Personen bestens zu empfehlen.

"Simba, Filmbenteuer in Afrika" Buch und Steppes. Von Martin Johnson. Mit 59 Abbildungen und einer Karte. Gebunden 6 M., in Ganzleinen 7,50 M. Verlag: J. A. Brockhaus in Leipzig. — Ein vieljähriges Wanderleben hat das amerikanische Ehepaar Johnson um die ganze Erde geführt. In Afrika haben sie nach dem Kriege eine neue Heimat gefunden. Auf einem herrlichen, tierreichen, von Kultur noch unberührtem Stückchen Erde, an einem kleinen See in der Nähe der abessinischen Grenze, haben sie ein festes, modern eingerichtetes Haus gebaut. Den zahlreichen, nicht immer friedfertigen Tieren gehört ihre ganze Liebe, und um ihre Willen sind sie hierhergezogen. Das freie, unverwundete Tier in seiner ursprünglichen Umwelt sollte auf die Warte gekannt werden. Freich und unterhaltsam sind in dem Buch die vielseitig erlebten Abenteuer auf den wochenlangen Zugzügen durch das afrikanische Hochland geschildert. Was dem prächtigen Buch eine besondere Rolle gibt, ist, daß M. und C. Johnson darin ihre schönsten Erlebnisse und die schönsten Bilder aus ihren vielen tausenden photographischen Aufnahmen herausgeholt haben.

"Die Gemeinde". Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag G. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 62. Bezugspreis monatlich 60 S. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Bereinstell

Bericht der Hauptkassie für die Zeit vom 1. bis 12. Oktober.

Quartalschluß.

Eingekandt haben: Aachen 1100 M., Altona 9, Altenburg 172,93, Aschaffenburg 400, Augsburg 200, Bamberg 300, Bayreuth 600, Belgard 214,53, Berlin 41 000, Bielefeld 725,89, Bochum 850, Brandenburg 800, Braunschweig 2620,38, Bremen 1200, Bremerhaven 1471,40, Breslau 5900, Bunzlau 300,05, Celle 524,61, Chemnitz 7050,

Curhaven 150, Danzig 1245,80, Darmstadt 5200, Dessau 1400, Detmold 500, Dortmund 4500, Dresden 4500, Duisburg 2000, Düren 150, Düsseldorf 1500, Eberswalde 400, Eisenberg 236, Eberfeld 2500, Ebing 800, Emden 100, Emmendingen 243,05, Erfurt 805,42, Schwewe 280,04, Finsterwalde 642,69, Flensburg 1000, Frankfurt a. M. 18 400, Frankfurt a. d. O. 1963,16, Freiberg 200, Freiburg 210, Friedberg 2850, Fürstenwalde 405,28, Gera 2294,50, Gießen 900, Glogau 250, Görlitz 951,49, Gotha 1000, Göttingen 1353,70, Greifswald 120, Greiz 657,38, Grünberg 530, Guben 391,91, Gumbinnen 300, Gütrow 200, Hagen 850,72, Halle 4500, Hamburg 20 300, Hamborn 430, Hamm 570, Hannover 5500, Heilbronn 174,02, Herford 1650, Herne 200, Hildesheim 590, Hindenburg 150, Hirschberg 400, Hoyerswerda 197,25, Jena 600, Jngolstadt 185,81, Jnsterburg 300, Jüterbog 90, Kattowitz 500, Kiel 1873,54, Koburg 300, Kolberg 386,70, Köln 11 000, Königsberg 10 400, Königshütte 277,50, Konstanz 380, Köslin 351,23, Kulmbach 171,01, Landsberg 150, Landeshut 40, Lauenburg 572,23, Leipzig 7000, Liegnitz 500, Lindau 288,22, Lörrach 362,55, Lübeck 1800, Lüdtenwalde 293,59, Lüneburg 135, Magdeburg 8200, Mannheim 6000, Meerane 431,26, Melle 868,60, München 7500, Münster 300, Naumburg 323,92, Neife 500, Neustadt 371,38, Neustettin 122,90, Neustrelitz 450, Neuwied 551,85, Niesky 246,39, Nordhausen 750, Nürnberg 8990, Oberhausen 828,05, Osnabrück 322,26, Passau 144,55, Pforzheim 280, Pirmasens 185,41, Plauen 721,86, Poßdam 2500, Rathenow 130, Reichenbach 1018,82, Rendsburg 153,05, Rostock 2060, Sagan 138,27, Schleswig 120, Schneidemühl 380, Schwab. Gmünd 281,85, Schwerin 452,80, Siegen 154,58, Sorau 200, Spremberg 221,10, Steffin 2000, Stolp 1228, Straßund 450, Straubing 119,96, Stuttgart 3000, Tilsit 200, Waldenburg 500, Weimar 130, Werbau 913,51, Wesel 40, Wiesbaden 1900, Wismar 516, Wittenberge 177,93, Wolfenbüttel 409,17, Würzburg 1200, Zeitz 752,36, Zwickau 1380. Eingekandt Gelder. Nachtrag: Darmstadt 480 M., Dresden 22 500, Frankfurt a. M. 2000, Heidelberg 600, Kassel 5100, Lüdenscheid 200, Nürnberg 10, Oeynhausen Louis Ringel, Kassierer.

Vom 14. Okt. bis 20. Okt. ist die 42. Beitragswoche  
Vom 21. Okt. bis 27. Okt. ist die 43. Beitragswoche

Sterbetafel.

Nürnberg. Am 2. Oktober starb an einem Magenleiden unser langjähriger und treuer Kollege Georg Hufnagel, geboren am 22. April 1879 zu Eimersheim. Ehre seinem Andenken!

Umzugshalber ist einem tüchtigen

Maler und Weißbinder

Gelegenheit geboten, sich selbstständig zu machen durch Kauf eines seit 1909 gut eingeführten Geschäftes mit Hofraite in Oberhessen. In dem Ort mit nahezu 2000 Einwohnern ist außer diesem nur noch ein Geschäft. Im Winter ist Gelegenheit geboten, in dem nicht weit davon liegenden Baderort staatliche Arbeiten zu verrichten. Angebote durch die Geschäftsstelle des "Maler", Hamburg 36, unter Ziffer 100.

Für Dresden

sucht gr. Malergeschäft für möglichst sofort Schreibgem.

Malergehilfen

guter Rechner, firm in Aufmaß u. Maßberechnung in Dauerstellung. Bewerbung unter Chiffre 56 an die Geschäftsstelle des "Maler", Hamburg 36, Alfter-Terrasse 10.

Ein hilfreicher Freund für Ihr ganzes Leben ist DER GROSSE BROCKHAUS HANDBUCH DES WISSENS IN 20 BÄNDEN mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 15 000 Seiten, etwa 42 000 Abbildungen, Karten und Plänen.

Band III soeben erschienen

Das zuverlässige Nachschlagewerk der Jetztzeit  
Das volkstümliche Bilderwerk  
Der neue Weltatlas  
Das Fremdwörterbuch  
Der praktische Ratgeber in allen Dingen des täglichen Lebens

Monatlich nur wenige Mark, wenn jetzt bestellt  
Jetzt noch Umtauschmöglichkeit für alte Lexika

Verlangen Sie noch heute von Ihrem Buchhändler oder direkt vom Verlag kostenfrei und völlig unverbindlich für Sie die anregende und reich bebilderte Broschüre:  
Der Große Brockhaus neu von A-Z

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG